

**Die Linke**

Kreisverband  
Apolda-Weimar

DAS ROTE

#01/2026

# ginkgoblatt

das Magazin Der Linken in Weimar und dem Weimarer Land



**VON KRIEGEN IN  
DER WELT UND  
LINKER POLITIK  
VOR ORT**

**BODO RAMELOW ÜBER DAS  
ATTENTAT DER HAMAS**

**PROTEST GEGEN  
RHEINMETALL**

**DIE STADTTAUBENHILFE  
BERICHTET ÜBER IHRE ARBEIT**

**LINKE KOMMUNALPOLITIK  
IN WEIMAR UND DEM  
WEIMARER LAND**

Liebe Lesende des roten Ginkgoblatts,

ihr haltet die – sage und schreibe – neunte Ausgabe nach dem Relaunch im Frühjahr 2022 in der Hand. Seitdem sind die Ausgaben stetig gewachsen und obwohl wir jetzt »nur noch« zwei Abgeordnete, nämlich Bodo Ramelow und Ulrike Grosse-Röthig, haben, gibt es inzwischen viel mehr Autor:innen. Das spiegelt sich auch in dieser Ausgabe wider. Zum ersten Mal mussten wir Artikel hinten anstellen und in die nächste Ausgabe verschieben, weil diese ansonsten zu groß geworden wäre. In dieser Ausgabe geht es u. a. um die folgenden Themen:

Jette Kirsch fasst anhand eines Vortrages von Ulrike Grosse-Röthig unsere Positionen zu dem Thema Kindergartenschließungen zusammen. Anhand mehrerer O-Töne geht es um die Auswirkungen des demografischen Wandels, die Reaktionsmöglichkeiten der Politik sowie konkrete Konzepte der zukünftigen Nutzung von Kindergärten als integrative Orte des Dorflebens.

Unsere neue Redakteurin Vanessa Franke führt ein Interview mit der Junior-Professorin für Medienanthropologie, Jasmin Degeling, über das Thema digitaler Faschismus, also darüber wie die sogenannten neue Medien und der vermeintliche alte Faschismus Synergieeffekte zeitigen und zu einer Gefahr für die Demokratie im 21. Jahrhundert werden.

In der Mitte des Heftes findet sich ein Erfahrungsbericht über das 40. Landesjugendtreffen der Solid in Thüringen von unserer Genossin Hannah Elisa Hempel. Seit langer Zeit gab es in Weimar und dem Weimarer Land keine eigene Solidstrukturen mehr, daher freuen wir uns nicht nur, dass sich hier etwas regt, sondern auch, dass sie einen eigenen Artikel für diese Ausgabe beigesteuert haben.

Im Namen der Stadtratsfraktion Weimar berichtet Eliza Gäde darüber, wie sie einen Antrag zur Abschaffung der strafrechtlichen Verfolgung des Fahrens ohne Fahrschein im ÖPNV eingebracht haben. Denn aus unserer Sicht reicht es völlig aus, wenn die Schwarzfahrer:innen ein übliches Ordnungsgeld bezahlen und nicht noch mit zumeist überflüssigen strafrechtlichen Konsequenzen rechnen müssen.

In der Kommunalpolitik ist die Rolle der sogenannten »sachkundigen Bürger:innen« häufig unterbelichtet. Alexander Böber erklärt daher in einem eigenen Artikel ihre Funktion und Aufgabe innerhalb der parlamentarischen Demokratie und beschreibt anhand seiner eigenen subjektiven Erfahrung in dieser Rolle, warum diese so wichtig sind.

Das ist nur ein kleiner Einblick. Im ganzen Heft findet ihr des Weiteren einen Tagebucheintrag von Bodo Ramelow, eine Rezension von Benjamin I. Hoff, Berichte über die bundesweite Mietenkampagne, die Weimarer Stadttaubenhilfe sowie die Debatten über eine Katzenschutzverordnung im Weimarer Land.

Wir wünschen euch viel Spaß bei der Lektüre!

Eure Redaktion des roten Ginkgoblatts

# Editorial

**Die Linke**

Kreisverband  
Apolda-Weimar

## IMPRESSUM

Die Linke  
Kreisverband Apolda-Weimar  
Sprecher-Rat: Dirk Möller,  
Udo Nauber und Michael Schade  
Stadtratsfraktion Weimar  
Marktstraße 17, 99423 Weimar

**Die Linke**

Fraktion im  
Weimarer Stadtrat

Foto: Ulrike Grosse-Röthig

## INHALT

- |   |  |
|---|--|
| <b>02 Am Ort des Hamas-Massakers</b><br>Bodo Ramelow  | <b>16 Interview mit russischen Aktivisti</b><br>von Paul Pazzini                             |
| <b>04 Ulrike Grosse-Röthig über die Zukunft der Kindergärten in Thüringen</b><br>von Jette Kirsch                         | <b>17 Auftakt der Mietenkampagne für unseren Kreisverband</b><br>von AG Heizen und Soziales  |
| <b>06 »Wir können Faschismus nur im Verhältnis zu Medien verstehen«</b><br>Ein Gespräch mit<br>Jun. Prof. Jasmin Degeling | <b>18 Stadttaubenhilfe Weimar e. V.</b><br>von Melissa Böhme                                 |
| <b>09 Ausmalbild</b><br>von Eliza Gäde  | <b>20 Neues von der Linksjugend – 40. Landesjugendtreffen</b><br>von Hannah Elisa Hempel     |
| <b>10 Thomas Piketty und der revolutionäre Elan der Sozialdemokratie</b><br>von Benjamin-Immanuel Hoff                    | <b>22 Quartiersradeln in Weimar West</b><br>von Katja Seiler                                 |
| <b>12 Der Hauptfeind steht im eigenen Land</b><br>von arno  | <b>23 Ins Ehreamt berufen</b><br>von Alexander Böber   |
| <b>14 Über die Arbeit einer Mutter/Vater-Kind-Einrichtung in Weimar</b><br>von Katrin Post                                | <b>25 Ins Gefängnis wegen eines fehlenden Fahrscheins?</b><br>von Eliza Gäde                 |
|   | <b>26 Keine kreisweite Katzenschutzverordnung für das Weimarer Land</b><br>von Gudrun Kittel |

# Am Ort des Hamas-Massakers

von Bodo Ramelow

Das Nova-Festivalgelände im Süden Israels ist heute ein Ort des Gedenkens. Hier, an diesem Platz, an dem junge Menschen tanzten, feierten und das Leben genossen, begann am Morgen des 7. Oktober 2023 eines der grausamsten Kapitel der jüngeren israelischen Geschichte. Mehr als 360 Besucherinnen und Besucher des Festivals wurden von Hamas-Terroristen ermordet, mitten im Augenblick der Unbeschwertheit.

Jetzt stehe ich hier, auf diesem Boden, und spüre die Schwere des Ortes. Ich bin mit dem Bus von Jerusalem durch die Negev-Wüste gefahren. Auf der Landkarte sehe ich, wie nah Gaza liegt. In der Ferne erkenne ich die Ruinen der zerstörten Stadt. Ich höre dumpfe Geräusche, die an Maschinengewehre erinnern, und über mir kreisen Hubschrauber. Alles wirkt gleichzeitig real und unwirklich. Ich denke an das SonneMondSterne-Festival in Saalburg, an die Tausenden, die dort gemeinsam feiern. Und ich versuche mir vorzustellen, was geschehen wäre, wenn mitten in dieser Feier plötzlich bewaffnete Männer aufgetaucht wären, um alles, was sich bewegt, zu töten, zu vergewaltigen, zu vernichten. Dieser Gedanke lässt sich kaum ertragen. Die Augenzeugenberichte aus dem Film *Scream Before Silence*, der am 7. Oktober dieses Jahres im Bundestag gezeigt wurde, sind mir noch im Gedächtnis: die Stimmen der Frauen, die das Massaker überlebt haben, ihre Beschreibungen des Unvorstellbaren. Jetzt stehe ich an dem Ort, an dem all das geschah und begreife, dass das, was ich zuvor nur durch Augenzeugenberichte gehört oder durch deren Beschreibungen begriffen hatte, tatsächlich geschehen ist.



Bodo Ramelow mit den Vertretern von »Peace Now« und »Breaking the silence« in Tel Aviv (Foto: Büro Bodo Ramelow)

Gestern Abend habe ich auf dem Berg Zion vier Beduinen den Mount-Zion-Friedenspreis überreicht. Vier Cousins, Muslime aus der Nachbarschaft, die an jenem Tag ihr eigenes Leben riskierten, um andere zu retten. Sie wollten ihren Cousin vom Nova-Festival abholen, doch als sie erkannten, was geschah, zögerten sie nicht und holten 40 junge Menschen aus dem Massaker und retteten damit ihre Leben. Es spielte für sie keine Rolle, ob es Juden, Christen, Muslime oder Atheisten waren. Sie sahen Menschen in Not und halfen. Erst später erfuhren sie, dass ihr Cousin bereits an einem anderen Ort in Sicherheit war und dort holten sie ihn dann auch noch ab.

Nun stehe ich hier zwischen den Fotos der Getöteten, lachende Gesichter, Kinderbilder, tanzende junge Menschen. Angehörige haben diesen Ort in einen Platz der Erinnerung verwandelt. Zwischen den Bildern wächst ein Wald, Baum um Baum, jeder einem Opfer gewidmet. Schon auf der Fahrt hierher sahen wir an den Straßen Keramik-Anemonen, Symbole des Gedenkens. Jede einzelne steht für einen getöteten Menschen. Man spürt: Das war kein isoliertes Ereignis, sondern ein Angriff, der Israel tief ins Herz getroffen hat, ein Trauma, das dieses Land bis heute prägt. Ich habe gestern mit Mitgliedern der jüdischen Gemeinde gesprochen, die ich vor 17 Jahren zum ersten Mal besucht habe. Ich fragte, ob Versöhnung oder Vergebung im Moment überhaupt denkbar seien. Die Antwort war ehrlich, wenn auch schmerzhaft: »Unser Herz ist voller Schmerz, und wir haben im Moment keinen Platz für den Schmerz der Anderen.« Erst wenn auch die letzten Körper der getöteten Geiseln bei ihren Familien seien, könnte man anfangen zu hoffen.

Am Abend sprach ich mit den Beduinen. Sie erzählten, wie sehr sie das Leid der jüdischen Familien empfinden und zugleich den Schmerz über die vielen zivilen Opfer in Gaza, die seit Beginn des Krieges getötet wurden. Ich begegne auch radikalen Siedlern und ultraorthodoxen Juden, die sich voller Wut und Aggressivität zeigten. Die Mönche, mit denen ich unterwegs bin, erzählen, dass das vor die Füße spucken auf der Straße noch das Harmloseste sei, was ihnen auf dem Weg zur Abtei passieren würde. Provokant hängt an einem Gebäude ein riesiges Transparent mit der Aufschrift: »Make Gaza Jewish Again«. Die Stimmung in Jerusalem ist spürbar härter geworden. Angst, Misstrauen, Verzweiflung liegen über der Stadt.



Bodo Ramelow bei seinem Besuch des Gelände des Nova Festivals in Israel. (Foto: Büro Bodo Ramelow)

Hier, auf dem Festivalgelände, denke ich an die Gegensätze dieses Landes: an religiöse Strenge und säkulare Freiheit, an Tradition und Moderne, an Menschen, die nach festen Regeln leben, und andere, die sich nach Offenheit und Selbstbestimmung sehnen. Auch diese Freiheit, diese Vielfalt, diese Offenheit waren Ziel des Hasses. Das Massaker richtete sich nicht nur gegen Menschen, sondern gegen ein Lebensgefühl, gegen eine Gesellschaft, die Raum lässt für alle, auch für queere, nicht-konforme, selbstbestimmte Lebensweisen. Darum ist dieses Verbrechen mehr als ein Angriff auf Israel. Es war ein Angriff auf die Idee eines freien, friedlichen Zusammenlebens. Ich sehe junge Soldaten mit Maschinenpistolen im Anschlag, Soldaten am Straßenrand mit riesigen Rucksäcken. Über uns kreisen Hubschrauber, aus der Ferne dröhnt das Grollen aus Gaza. Es ist eine beklemmende, aufgewühlte Szenerie. Dieses Land, das so dringend Frieden braucht, trägt eine offene Wunde und diese Wunde wird noch lange schmerzen.

Mich erfasst tiefe Trauer, bei jedem einzelnen Gesicht, auf den Fotos, das ich hier sehe. Ich wünsche mir, dass auch in Deutschland diese Gesichter gesehen werden. Es darf nicht darum gehen, sich auf eine Seite zu stellen. Es geht darum, sich auf die Seite des Friedens zu stellen und jedem zu widersprechen, der glaubt, mit Hass und Gewalt ließen sich Probleme lösen. Denn Gewalt schafft keine Lösungen. Sie hinterlässt nur neue Wunden, neue Spiralen aus Hass, Schmerz und Vergeltung. Die Menschen, die hier ermordet wurden, mahnen uns zum Hinschauen, zum Mitfühlen und zum Handeln für den Frieden.

# Ulrike Grosse-Röthig über die Zukunft der Kindergärten in Thüringen

von Jette Kirsch

Am Montag, den 27.10.2025, fuhren die beiden Landtagsabgeordneten Linda Stark und Ulrike Grosse-Röthig im Rahmen einer thüringenweiten Bildungstour nach Schleusingen und kamen mit Interessierten zu einem Austausch zusammen. Der folgende Artikel gibt wörtliche Redebeiträge von Ulrike Grosse-Röthig an diesem Abend wieder.

*Wir alle haben in den letzten Monaten ziemlich viele Überschriften zu dem Thema gesehen. Und wir haben wieder Kindergärten, die Angst um ihre Existenz haben. Und da haben wir (als Linke) gesagt, wir brauchen eine Antwort darauf. Wir wollen nicht das Rad neu erfinden. Sondern wir wollen den Weg, den wir in den letzten Jahren gegangen sind, weiterentwickeln, weitergehen. Gerade für Kreise wie Hildburghausen, gerade wie in Südthüringen wird das ein harter Ritt. Thüringen 2024 und 2025 war geprägt von: Mein Kindergarten macht zu – Meine Schule soll zumachen. (...)*

Kommen wir zur Finanzierung:

*Das haben wir schon im letzten Jahr sehr deutlich gesehen und haben uns vorgenommen, für diese Legislatur, für diese 5 Jahre, dass wir uns die Kindergartenfinanzierung einmal wirklich grundhaft anschauen müssen. (...)*

*Und haben dann mit dem Haushaltsbeschluss 2025 die Kommission Kindergarten einberufen lassen. Weil wir gesagt haben, wenn wir dieses System überarbeiten wollen, dieses ganze Finanzierungssystem; jede und jeder von euch, der irgendwo im Gemeinderat sitzt oder der im Kreistag sitzt, weiß, wie es immer heißt. Oh Gott, der Kindergarten, da drückt uns die Finanzierung die Luft ab und es ist zu viel.*

*Wenn wir da was dran ändern wollen, dann müssen wir alle an einen Tisch holen, die in diesem System was zu sagen haben. Weil das kann nur im ganz großen Konsens funktionieren. Da müssen wir alle mitnehmen und müssen alle sagen können, wo ist der Fehler, nur wenn wir das alle gemeinsam machen, dann funktioniert es. Das heißt, wir haben die Gewerkschaften am Tisch, weil wir sagen, die Beschäftigten müssen natürlich auch mitreden. Wir haben die freien Träger, weil die sind Träger der Kindereinrichtungen. Wir haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier und auch die Ministerien am Tisch. (...)*

Ulrike Grosse-Röthig betonte:

*Ein Kindergarten ist mehr als der Ort, wo man die Kinder früh hinbringt und nachmittags wieder abholt. Kindergarten ist gerade im ländlichen Raum ein eigener »player«. Da sind die Sommerfeste, da holt die Oma ab.*

*Gerade in den Dörfern sind das einfache Orte, wo auch die Älteren sagen, das bringt so viel Leben ins Dorf und wenn das auch noch weg ist, na, was haben wir denn dann überhaupt noch im Dorf? Wo Orte nicht mehr attraktiv sind für junge Familien, um dort zu wohnen. Die ziehen dann da einfach gar nicht mehr hin. Die kaufen da kein Haus mehr oder übernehmen kein Haus von den Eltern.*

*Sondern, ganz klar, ist der Kindergarten, wie gesagt, ein ganz großes Stück Leben im Dorf. Das heißt, wir brauchen eine Idee, wie wir den Kindergarten finanzieren, auch für Einrichtungen, die vielleicht sehr unwirtschaftlich sind. Die Frage ist, wie lange natürlich.*

*Aber wir brauchen eine Idee, die nicht nur auf Wirtschaftlichkeit beruht, sondern auf der Frage, wollen wir das Gleiche, was wir in den 90er Jahren schon mal in Thüringen erlebt haben, das Strukturen einfach unwiederbringlich wegbrechen? Wollen wir das genauso nochmal? (...)*

*Unserer Ansicht nach brauchen wir eine Mischfinanzierung, also eine Zwei-Säulen-Finanzierung, zwischen einer einrichtungsbezogenen Finanzierung, wo man sagt, okay, das muss mindestens da sein, und einer kindbezogenen. Wie viele Kinder habe ich dann? Wie kann ich*

*das durchziehen? Wie viel Personal brauche ich für wie viele Kinder? Aber eine Zwei-Säulen-Finanzierung, damit der Kindergarten im Dorf bleibt. Außerdem brauchen die Kindergärten Mittel, damit das Haus, schlicht so wie es dasteht, und was eventuell zu groß ist, einer Nutzung zugeführt werden kann, die im Dorf gebraucht wird. Da sind ja die Menschen nicht weg.*

*Und erstaunlicherweise brauchen sehr alte und sehr junge Menschen oft die gleichen Bedürfnisse an Infrastruktur: Viel Hygiene, schön alles barrierefrei, alles schön niedrig, hell, ganz wunderbar. Die Frage ist, ob wir nicht in den Dörfern die Möglichkeit schaffen können, andere Nutzungen in die Kindergärten zu bringen.*

*Warum soll denn nicht der Ortsbürgermeister da einen Raum kriegen, wenn da die Kinder sind? Warum soll das denn nicht dort stattfinden? Warum sollen denn Vereine nicht solche Räume nutzen können, um zu sagen, damit dieser Ort erhalten bleibt, und am Ende hängt sowas immer nur an Geld. Das muss man sich klar machen. Da sind auch wieder, das ist ein bisschen lustig, weil da sind auch immer wieder 25 Millionen, die wir aus den Bundesmitteln, aus den Infrastrukturmitteln des Bundes zum Erhalt der Infrastruktur in Thüringen, 25 Millionen wollen wir dafür haben, um die Kindergärten so fit zu machen, dass der Raum erhalten bleiben kann und für andere Dinge gegebenenfalls mitgenutzt werden: Für Vereine, für Tagesgruppen, für Senioren die sich dort treffen können. Einfach als Ort der Lebendigkeit.*

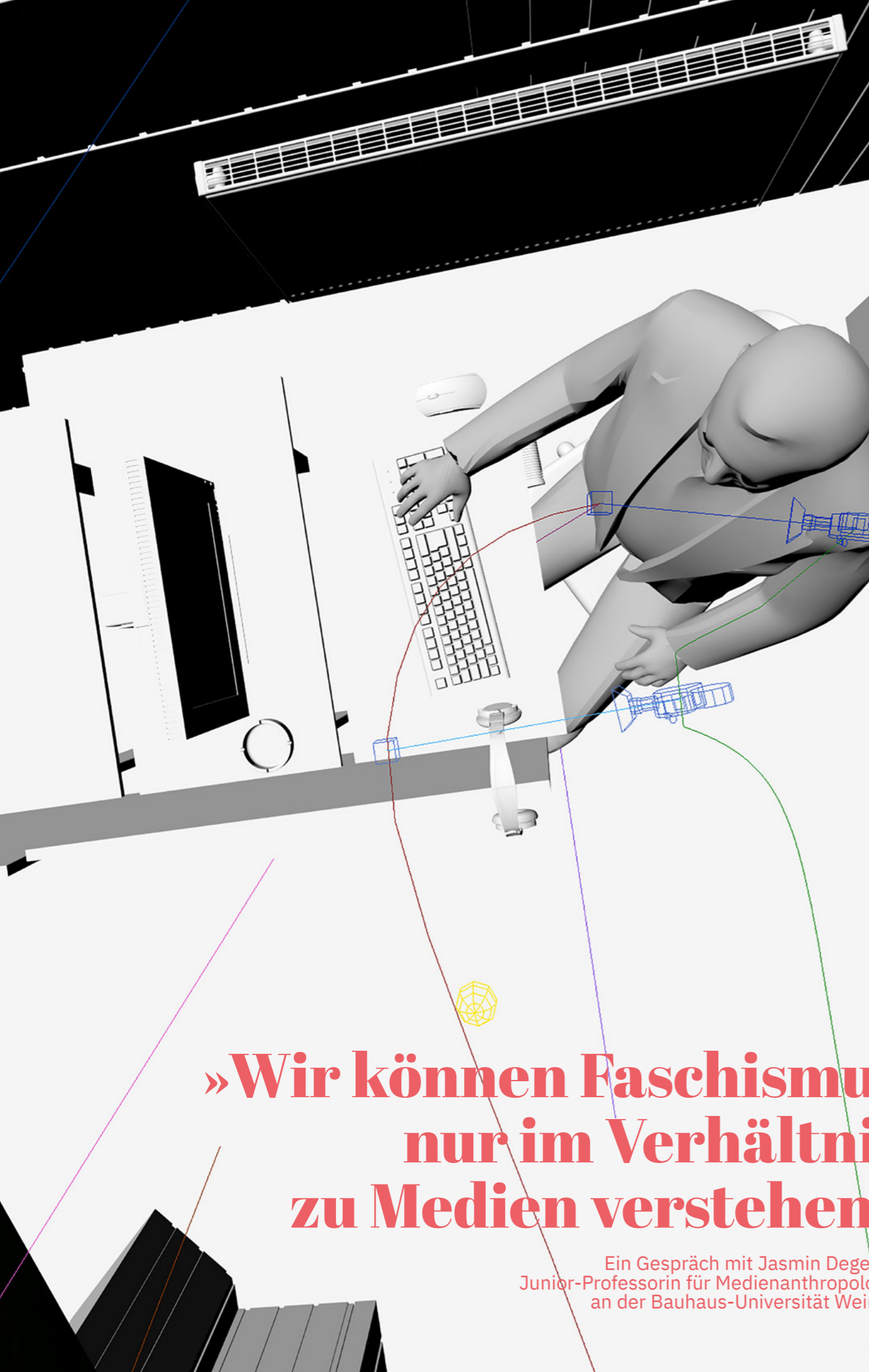
Im Herbst dieses Jahres verbrachte Ulrike Grosse-Röthig einige Tage in Estland und hat sich dort inspirieren lassen:

*Wir durften auf einer Ausschusssreise in Estland erleben, wie der estnische Staat Kinder und Familien davon überzeugt eine bestimmte Schulart zu besuchen. Sie bauen gerade ihr komplettes Schulsystem um, faktisch in das DDR-Modell, 1. bis 8. Klasse alle gemeinsam und dann Gymnasium oder Berufsschule. Bis jetzt gab es 1. bis 10. Klasse und dann noch in den einzelnen Schulen weiter. Die bauen einfach die Dutzend Schulen hin, die sind so toll, dass jede und jeder sagt, da will ich hin; nicht jeder sagt: wow, so eine tolle Schule, na klar wollen wir da hingehen. Und das ist die Frage, ob der Schul-Campus-Modell auch wirklich genug fördert, zu sagen, wir bauen hier eine Schule, in der Lehrerinnen und Lehrer auch wirklich so wertgeschätzt werden mit dem, was sie an Lehre mitbringen, an Kompetenz mitbringen, in der Schülerinnen und Schüler gerne lernen, in der die das merken, wir sind jemand und wir werden wertgeschätzt und wir werden mit all dem, was wir mitbringen, dort gefördert und in der auch Familien das gute Gefühl haben, da kommt was raus, da hat mein Kind wirklich auch ein Mehrwert dabei.*



Die Diskussion machte deutlich, wie stark der Bildungsbereich in (Süd)Thüringen zugleich von strukturellen und finanziellen Problemen geprägt ist. Zentral war die Frage, wie Kindergärten trotz sinkender Geburtenzahlen und hoher Betriebskosten erhalten werden können, insbesondere im ländlichen Raum, wo sie oft letzte soziale Ankerpunkte sind. Ebenso wurde in der anschließenden Debatte kritisch über starre Kreisgrenzen gesprochen, die sowohl beim Schulwechsel als auch bei der Kindergartenplanung sinnvolle Lösungen verhindern und zu Versorgungslücken führen. Scharf in den Blick geriet außerdem der massive Unterrichtsausfall, die unzureichende Personalplanung und die zersplitterte Struktur der Schulämter, die Bewerbungsverfahren für Lehrkräfte verkompliziert. Auch die Lehrerbildung, von der schulstufenbezogenen Ausbildung bis hin zu unevaluierten dualen Studiengängen, wurde als Baustelle benannt. Am Ende zeigte die Debatte klar: Wir, als Die Linke, müssen und werden dran bleiben und Druck auf die Regierung ausüben, damit sich das Land weiter zum Guten entwickelt.

Ulrike Grosse-Röthig beim Vortrag am 27.10.25 in Schleusingen, Foto: Jette Kirsch



„Ein Ausschnitt aus einem investigativen digitalen Modell von Forensic Architecture zum Mord an Halit Yozgat durch den NSU (Nationalsozialistischen Untergrund). Bild: Forensic Architecture“

# »Wir können Faschismus nur im Verhältnis zu Medien verstehen«

Ein Gespräch mit Jasmin Degeling  
Junior-Professorin für Medienanthropologie  
an der Bauhaus-Universität Weimar

Jasmin Degeling hat Theater- und Literaturwissenschaften sowie Gender Studies studiert. Promoviert wurde sie mit dem Thema »Medien der Sorge, Techniken des Selbst«. Momentan forscht sie zu rechter Gewalt und Faschisierung im digitalen Raum.

**Der Faschismus-Begriff ist ja recht umstritten. Wie verwendest du den Begriff in deiner Arbeit?**

Ich würde zunächst einmal Faschismus von Rechts-Extremismus abgrenzen. Die Extremismus-Theorie hat sehr stark geprägt, wie wir demokratiefeindliche Kräfte und rechte Gewalt verstehen. Demnach gibt es eine sogenannte demokratische Mitte, die von ihren extremen Rändern her bedroht wird. Diese Vorstellung finde ich problematisch, weil sie verkennt und verschleiert, dass Faschisierung alle gesellschaftlichen Sphären durchzieht. Wir können nicht davon ausgehen, dass es nur einzelne Kräfte an den Rändern sind.

**Was heißt das für dein Verständnis von Faschismus?**

Faschismus ist ein Feld heterogener sozialer, politischer und medialer Bewegungen. Im Vordergrund stehen dabei Ideologien der Ungleichheit und Gewaltorientierung, des Völkischen und der Vormacht, nationaler Reinheit und Wiedergeburt. Die systemische Funktion dieser Bewegungen besteht darin, innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft die Rolle von Klasse und Kapital in gesellschaftlichen Problemen zu verdecken – und zwar mittels differenziell markierter Sündenböcke.

**Was meinst du mit »differenziell markiert«?**

Faschismen sind, historisch wie gegenwärtig, nicht zu trennen von differenzieller Gewalt, also Gewalt, die Ungleichheit hervorbringt und absichert. Faschisierungen gehen immer mit unterschiedlichen Formen von Rassismus, Antisemitismus, Misogynie, Sexismus, Trans-, Behinderten-, Armuts- und Queerfeindlichkeit einher. Das hat damit zu tun, dass Faschismus immer auch ultranational ist. Deshalb ist er darauf angewiesen, Formen der »Anderen« hervorzutreiben, die zu dieser als vorherrschend empfundenen Nation nicht dazugehören.

**Wenn ich dich richtig verstehe, gehst du davon aus, dass Faschismus heute bereits ein Teil unserer Gesellschaft ist?**

Genau. Das heißt nicht, dass ich davon ausgehe, dass wir morgen eine Diktatur haben oder, dass wir in keiner Demokratie mehr leben. Wir müssen davon wegkommen zu glauben, dass Faschismus nur in Form von Diktaturen existieren kann. Wir haben es mit multiplen Effekten zu tun, die wir als Faschisierung bezeichnen können. Diese entstehen durchaus auch in demokratischen Systemen, wie wir das zum Beispiel momentan in den USA verfolgen können.

**Wieso erleben wir überhaupt derzeit eine Faschisierung?**

Wir leben in der Gegenwart multipler Krisen. Faschismus ist ein Kriseneffekt, der mit kapitalistischen Gesellschaftsordnungen zu tun hat, und mit der Frage, für wen ein Überleben in Zukunft möglich sein wird. Wir haben eine massiven Fürsorge- und Versorgungskrise, in der unablässig der Eindruck entsteht, dass nicht mehr für alle ausreichend gesorgt werden kann. Diese Krisenerfahrung ist die Bedingung für Faschisierung, die vermeintlich Antworten darauf liefert, wem mehr und wem weniger zusteht. Wir müssen uns klarmachen, dass in der Geschichte wie in der Gegenwart Faschismus immer damit beginnt, zu unterscheiden, welche Leben mehr oder weniger wert sind als andere. Faschismus beginnt bei der Frage, wem Fürsorge zusteht, wer nicht ganz so viel braucht, wen man sterben lassen kann. Faschismus beginnt mit Entmenschlichung.

**Wieso beschäftigst du dich als Medienwissenschaftlerin mit diesem Thema?**

Man kann die zeitgenössische Faschisierung nicht verstehen, wenn man nicht danach fragt, wie sie sich im Verhältnis zu Medien entwickelt. Medien und Medienverhältnisse sind sehr stark an Faschisierungseffekten mitbeteiligt. Das ist im historischen Faschismus genauso gewesen, nur die Medienbedingungen waren eben andere. Die Entmenschlichung von Bevölkerungsgruppen wird über Medien mit hergestellt. Gleichzeitig geht es um Sichtbarkeit. Ich untersuche das Verhältnis von differenzieller Gewalt und differenziellen Empfindungsordnungen: Welche gesellschaftlichen Aufmerksamkeiten und Sichtbarkeiten werden wie medial erzeugt und welche Perspektiven wiederum dabei unsichtbar gemacht?

**Das heißt, Faschismus heute ist notwendigerweise auch immer digital?**

Wir können heute in keinem Bereich unserer Gesellschaft davon ausgehen, dass er jenseits der Digitalisierung stünde. Das betrifft persönliche, intime Beziehungen bis hin zu Arbeitsbeziehungen oder breiteren gesellschaftlichen Beziehungen. Auch unsere privateste oder intimste Kommunikation ist digital mediatisiert und in dieser Weise an solchen gesamtgesellschaftlichen Prozessen beteiligt.

**Inwiefern genau wirken Medien an zeitgenössischen Faschisierungen mit?**

Wir wissen, dass wir gesellschaftlich kaum noch zwischen Fakt und Fiktion unterscheiden können. Daher müssen wir dringend besser verstehen können, wie digitale Medien Faschisierung Vorschub leisten. Es handelt sich nicht mehr um die gleiche massenmediale Bedingung wie im 20. Jahrhundert. Aber Staaten, die die autoritäre Wende sehr weit vorangetrieben haben wie die USA, die Türkei oder Ungarn, zeigen durchaus, dass man auch im Internetzeitalter Gleichschaltungseffekte provozieren kann. Dabei sind natürlich digitale Medienplattformen, sogenannte soziale Medien relevant.

Soziale Medien sind oft als Motoren der Faschisierung bezeichnet worden. Aber ich glaube, wir müssen genauer hinschauen, in welcher Weise das funktioniert.

**Soziale Netzwerke sind Räume, in denen sich negative Emotionen wie Wut besonders gut verbreiten. Warum ist das so?**

Plattformen wollen nichts anderes, als dass man Zeit dort verbringt. Es geht einfach darum, uns zu binden. Wir sollen an unseren Geräten hängen und ihnen unsere Daten füttern, mit denen dann Marketing betrieben werden kann – denn letztlich geht es um Konsum: TikTok ist eine digitale Shopping-Mall. Das funktioniert nicht, wenn man uns langweilt. Also werden Inhalte durch sich ständig anpassende Empfehlungsalgorithmen so kuratiert, um unsere Aufmerksamkeit und unsere Zeit auszubeuten. Und natürlich erzeugen polarisierende Effekte besonders viel Aufmerksamkeit.

**Und daher sind diese Plattformen ein Nährboden für Faschisierung?**

Das heißt nicht, dass jede soziale Medienplattform ein unweigerlicher Motor der Faschisierung ist. Aber an Plattformen wie TikTok z. B. sehen wir, wie man sie besonders erfolgreich benutzen kann, wenn man verstanden hat, wie ihr Marketingkonzept funktioniert. TikTok ist eine der wichtigsten Plattformen für neofaschistische Bewegungsparteien. Die AfD war im EU- und Bundestagswahlkampf gerade deswegen besonders erfolgreich, weil sie das Prinzip von TikTok verstanden und mit einer Guerillataktik gearbeitet hat.

**Braucht es deiner Meinung nach mehr staatliche Regulierung der Plattformen?**

Es gibt mit dem Digital Services Act (DSA) inzwischen eine spezifische Regulierung auf EU-Ebene. Der DSA wird zu Recht stark diskutiert, da er ein Wirtschaftsinstrument ist. Trotzdem sind die Fragen, die darin auftauchen, relevant. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass Gewalt im Internet genauso strafbar ist wie auf der Straße. Es braucht transparente Datenschnittstellen, also es muss möglich sein zu überprüfen, ob es zum Beispiel Wahlmanipulationen gibt. Gleichzeitig sind diese Regulationen noch nicht ausreichend institutionalisiert. Ein Punkt, der meiner Meinung nach kompromisslos gefordert werden muss, sind öffentlich-rechtliche digitale Medien. Warum leisten wir es uns, dass ausgerechnet libertäre, ideologische Big-Tech-Player die gesamte Organisation unserer Öffentlichkeiten übernehmen? Warum geben wir das auf?

**Das Internet war ja mal als demokratischer Raum gedacht. Bist du diesbezüglich medienpessimistisch geworden?**

Ich will in keiner Gesellschaft leben, die das Internet abschaltet. Aber wir brauchen unbedingt bessere digitale Infrastrukturen, um so etwas wie demokratische Öffentlichkeit überhaupt zu gewährleisten. Also gemeinwohlorientierte Infrastrukturen, die dem Schutz von Grund- und Freiheitsrechten dienen. Das ist eine Aufgabe in der Größe, die nur Staaten leisten können. Und der Schutz dieser Rechte hat nichts mit Zensur zu tun. Also wo bleibt die große Forderung nach öffentlich-rechtlichen digitalen Medien?

**Wie kann aus deiner Perspektive als Wissenschaftlerin Widerstand aussehen?**

Mir ist es wichtig, mich nicht nur mit einer Täter:innenperspektive aufzuhalten. Das ist auch eine Lehre aus der Geschichte, dass wir die Betroffenen und Opfer nicht vergessen sollten. Ich finde, eine sehr wirksame antifaschistische Widerstandspraxis kann darin bestehen, an Erinnerung und Trauer festzuhalten.

**Liebe Jasmin, vielen Dank für das Gespräch und den Einblick in deine Forschung!**

*Das Interview führte Vanessa Franke.*



# Thomas Piketty und der revolutionäre Elan der Sozialdemokratie

von Benjamin-Immanuel Hoff

Zeitungskolumnen nach einiger Zeit in einem Band zu versammeln ist ein naheliegender Schritt. Beim S. Fischer-Verlag erschien dazu jüngst Carolin Emckes Band »Respekt ist zumutbar. Texte zu unserer Gegenwart«, der Kolumnen und Reden aus den Jahren 2014 bis 2024 bündelte.

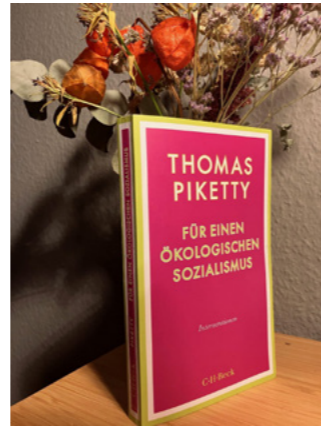
Der Verlag C.H. Beck wiederum veröffentlichte eine Auswahl von 40 jeweils vierseitigen Kolumnen von Thomas Piketty unter dem Titel »Für einen ökologischen Sozialismus. Interventionen«. Den Kolumnen ist ein programmatischer Essay vorangestellt, dessen Titel zugleich als Leitbegriff des Bandes dient. Piketty eröffnet diesen Essay mit einer normativen Behauptung, die bewusst gegen den gegenwärtigen Krisendiskurs gesetzt ist: »Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Sozialdemokratie. Das 21. wird das Jahrhundert des ökologischen, demokratischen und partizipativen Sozialismus sein.«

Im Kontext medialer Schwarzmalerei fällt diese Zuversicht auf. Piketty verweist auf historische Erfahrung: Gleichheit entstehe durch politischen Kampf, und dieser Kampf habe bereits Erfolge erzielt. »Dieser Kampf konnte schon in der Vergangenheit und er kann auch in Zukunft gewonnen werden«, solange die Debatte über alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle nicht anderen überlassen werde. Für ihn steht fest: »Der demokratische und ökologische Sozialismus wird sich am Ende durchsetzen, weil die anderen Denksysteme, allen voran Liberalismus und Nationalismus, es allein niemals schaffen werden, die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.«

Auffällig ist, dass Piketty die Möglichkeit autoritärer Zukunftsszenarien nicht thematisiert. Im Unterschied zu Emcke, die sich intensiv mit dem Erstarken autoritärer Rechtspopulisten von Brexit und Pegida bis zu AfD und Trump befasst, blendet der Wirtschaftswissenschaftler, der 2014 mit dem Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert« einen Weltbestseller landete, die faschistische Option weitgehend aus.

Zunächst blickt er historisch zurück. Der Sozialstaat, getragen von der sozialdemokratischen Vision, war am Vorabend des Ersten Weltkriegs unvorstellbar. Der Staat konzentrierte sich damals auf Ordnung und Sicherheit, doch im Verlauf des 20. Jahrhunderts übernahm er zentrale Bereiche sozialer Sicherung und öffentlicher Daseinsvorsorge: Bildung, Gesundheit, Rente, Wohnen, Verkehr. Piketty bezeichnet diese Transformation als »sozialdemokratische Revolution«. Sie habe gezeigt, dass kapitalistische Profitlogiken in zentralen Bereichen zurückgedrängt werden können. Seit den 1980er Jahren sei dieser Elan jedoch erlahmt. Sozialdemokratische Parteien stabilisierten die bestehende Ordnung, anstatt sie weiterzuentwickeln. Die Linke habe im ländlichen Raum an Boden verloren, auch weil sozial-ökologische Konflikte ohne soziale Abfederung geführt wurden. Der Prozess der Abkehr von Marktlogik – Piketty spricht von »Entmarktung« – sei unvollendet geblieben: »Gewiss wurde ungefähr ein Viertel der Wirtschaft vom Markt abgekoppelt, aber die drei anderen Viertel gehorchten weiterhin einer marktwirtschaftlichen, kapitalistischen und extraktivistischen Logik.«

Daraus leitet er die Forderung nach einer Rückbesinnung auf die transformative Sozialdemokratie ab: Entmachtung kapitalistischer Eigentumsstrukturen, Ausbau demokratischer Wirtschaftssteuerung, progressive Besteuerung großer Vermögen, Vergesellschaftung zentraler Sektoren.



Thomas Piketty, Für einen ökologischen Sozialismus. Interventionen, Verlag C.H. Beck, München 2025 – übersetzt aus dem Französischen von Stefan Lorenzer (ISBN: 978-3-406-83712-8)

Sozial- und Klimapolitik müssten zusammengedacht werden. Klimapolitik ohne soziale Ausgleichsmechanismen werde scheitern, Sozialpolitik ohne ökologische Perspektive unzureichend bleiben. Der Weg »von der Sozialdemokratie zum demokratischen und ökologischen Sozialismus« beruhe auf demokratisch gesteuerter Ausweitung nicht-marktlicher Sektoren, Vergesellschaftung von Reichtum und erneuerter Steuerprogression.

Zur Illustration verweist Piketty auf die historischen Lohnfonds der schwedischen Arbeiterbewegung. Unternehmen sollten jährlich einen Teil ihrer Gewinne in Fonds einzahlen, die schrittweise Mehrheitsbeteiligungen der Beschäftigten ermöglichen. Ergänzend sei eine Obergrenze für Stimmrechte einzelner Aktionäre nötig. In Schweden scheiterte dies am Widerstand der Kapitaleseite; in den USA griffen Sanders und Ocasio-Cortez diese Idee wieder auf.

Piketty betont, dieser Prozess werde Jahrzehnte dauern, mit Phasen des Fortschritts und des Rückschlags. Der »ökologische Sozialismus« stelle eine Jahrhundertaufgabe dar. Sein Ursprung könne ebenso im globalen Süden wie im Norden liegen. Indien und Brasilien nennt er als Beispiele, die sowohl demokratische Legitimation als auch geopolitisches Interesse an einer Neuordnung des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems mitbrächten. Trotz aller Transformationserwartung betont Piketty die Bedeutung pluraler Demokratie: »Ich glaube vor allem an die Tugend der Meinungsverschiedenheit und des öffentlichen Disputs, an pluralistische Wahlen und den demokratischen Wandel.«

Gerade deshalb fällt ins Gewicht, dass er Faschismus als eigenständige politische Formation kaum berücksichtigt. Stattdessen erscheint Faschismus bei ihm als radikale Variante des Nationalismus. Damit gerät aus dem Blick, dass faschistische Bewegungen historisch ein eigenes Projekt darstellten, das Klassenkonflikte, Kapitalinteressen, Massenmobilisierung, Gewalt, Rassismus und Staatsumbau verband. Vor dem Hintergrund heutiger autoritärer Dynamiken wirkt diese Reduktion analytisch problematisch. Die Erwartung, dass sozialstaatliche Fortschritte autoritäre Tendenzen neutralisieren könnten, übersieht, dass faschistische Bewegungen auch in wohlhabenden Wohlfahrtsstaaten erstarkten, wenn Krisen, Deutungsangebote und autoritäre Organisationsformen zusammenfanden. Die optimistische Eröffnung verliert dadurch nicht ihre normative Stärke, erhält jedoch eine blinde Stelle.

Die Kolumnen im Anschluss erschienen von September 2020 bis April 2025 in Le Monde. Die chronologische Anordnung führt zu thematischen Wiederholungen. Zehn Texte behandeln Europa, neun Steuer- und Verteilungsfragen, sechs Globalisierung und internationale Gerechtigkeit usw.. Eine thematische Bündelung hätte Redundanzen abgemildert. Inhaltlich lohnte die Lektüre dennoch für alle, die an strategischen Vorschlägen für eine progressive Politik interessiert sind.

Piketty plädiert in den Kolumnen u.a. für eine Parlamentarische Versammlung Europas, proportional zur Bevölkerung der Mitgliedstaaten besetzt, für ein Mindesterbe von etwa 120.000 Euro (60 Prozent des durchschnittlichen Erbes) und für eine internationale Mindestbesteuerung, die deutlich über 15 Prozent liegen und den globalen Süden stärker beteiligen soll.

Gegen paternalistische Entwicklungspolitik argumentiert er, dass arme Länder ein Recht auf Entwicklung bräuchten, unterlegt durch Mechanismen, die ihre historische Ausplünderung beenden. Der globale Norden sei reich, mache sich aber durch falsche Steuerpolitik künstlich arm. Entwicklung verlange Umverteilung konzentrierter Vermögen.

Für eine wirksamere Sanktionierung oligarchischer Vermögen schlagen Piketty, Zucman und Saez ein globales Register zur Erfassung von Finanzvermögen vor. Zentralverwahrer wie Clearstream, Euroclear oder DTC sollen unter öffentliche Kontrolle gestellt und mit nationalen Registern verknüpft werden. Der erwartbare Einwand der Undurchführbarkeit wird mit dem Hinweis beantwortet, dass freier Kapitalverkehr ohne öffentliche Gegenmacht ein unhaltbares System darstelle.

Die geopolitische Gegenwart wird von den Vereinigten Staaten und China geprägt, die jeweils ihre eigenen politischen und ökonomischen Entwicklungsmodelle durchsetzen. Piketty legte in seinen Texten aus ökonomischer Perspektive Vorschläge für ein europäisches Projekt sozialer und internationaler Gerechtigkeit vor. Es wäre einen Versuch wert, die genannten und weitere progressive Ideen aus dem Buch mit derselben Hartnäckigkeit und Konsequenz zu verfolgen, mit der autoritäre Führungspersonen wie Trump oder Xi ihre politischen Projekte durchzusetzen versuchen.

# Der Hauptfeind steht im eigenen Land

von arno

Das bundesweite Bündnis »Rheinmetall entwaffnen« gegen Waffenexporte, Aufrüstung und Krieg gründete sich im Jahr 2018, als »Leopard 2«-Panzer aus deutscher Produktion durch das von der Türkei besetzte Afrin im Nordwesten Syriens rollten. Rheinmetall ist der größte deutsche Rüstungsproduzent.

»Rheinmetall entwaffnen« ist ein Vorschlag an die linke Bewegung, entschlossener gegen Militarismus und Imperialismus aktiv zu werden: indem sie die deutsche Rüstungsindustrie in den Fokus nehmen. Es geht darum, auf die militärische Absicherung des kapitalistischen Systems zu verweisen, bei welcher Staaten wie die Bundesrepublik, ganz vorne mitspielen.

Seither finden sich antimilitaristische Gruppen jedes Jahr in Camps zusammen.



## Camp 2025 in Köln

Ich war in Köln dabei und möchte euch darüber berichten: Das Camp wurde von der Kölner Polizei in Erwartung gewalttätiger Straftaten im Vorfeld verboten, das Verwaltungsgericht bestätigte das auch noch. Erst das OVG kippte das Verbot. Waren in Kiel 2024 noch 600-800 Teilnehmende angereist, so reisten nun nach Köln mindestens 1500 an – von der Küste bis zum Alpenrand, von Schüler:in/ Azubi bis ins höhere Alter sowie internationale Gäste. Innerhalb von zwei Tagen errichteten die Organisator:innen, Helfer:innen und die Teilnehmenden eine weitläufige Zeltstadt im Grüngürtel der Stadt, einschließlich Küche, Strom, Wasser und Toiletten. Das Programm jeden Tages war gefüllt mit Workshops, Konzerten, Diskussionsrunden, Transpis malen usw. Abends erklangen fröhliche und kämpferische Lieder am Lagerfeuer. Alle Veranstaltungen waren fleißig besucht. Jeder Arbeitgeber würde sich nach solchen Mitarbeitern die Finger lecken ... wenn sie bloß nicht so politisch wären ;)

wNebenbei: Mein Kölsch mit Frikadelle nahm ich außerhalb des Camps zu mir, denn dort galt: vegan und alkoholfrei.

## Mutige Aktionen

Die Aktionen waren ausgesprochen antimilitaristisch: Aktivist:innen blockierten mehrere Stunden lang die Werktoore der Deutz AG, einem der wichtigen Rüstungszulieferer und eines Rheinmetallwerkes in Bonn. Besetzt wurden auch die Parteizentrale der SPD und das Bundeswehr-Karrierecenter als Protest gegen die vorgesehene Einführung der Wehrpflicht. Ein Spaziergang durch das Wohnviertel des RM-Vorstandes Armin Papperger brachte zum Ausdruck: »Kapitalismus erzeugt Krieg. Einer kassiert, viele krepieren, alle leiden.« Für ein Gespräch war Herr P. nicht zu haben, aber die bürgerliche Presse geriet in helle Aufregung, dass nun seine Privatadresse bekannt sei. Wie würden sie reagieren, wenn erst die Mütter getöteter Soldaten dort anklagen?

## Große Abschlussdemonstration

Auf meinen Rundgängen um das Camp zählte ich bis zu 40 Polizeitransporter, die uns beobachteten. Allerdings musste die verantwortliche Hauptkommissarin im Interview mit dem WDR erklären, dass alles sehr friedlich sei. Das änderte sich jedoch am Tag der Abschlussdemo – da kam die Nacht der langen Rache: Etwa 3000 Teilnehmende versammelten sich auf dem Kölner Heumarkt. Bereits hier wurde der Abmarsch durch Geringfügigkeiten seitens der Polizei verzögert, die andernorts nicht der Rede wert gewesen wären. Einige der Demoteilnehmenden hatten das Halstuch zu weit hochgezogen, trugen Sonnenbrillen, einige Fahnenstangen schienen zu dick usw. Schließlich wurden – oh wie furchtbar – auch noch einige Rauchtöpfe gezündet, was bei jedem mittelklassigen Fußballspiel üblich ist. Nach 2 Stunden war die Demo kaum 1 km vorangekommen. Aber schon preschten in der nächsten Seitenstraße schwarze Polizeitrupps in voller Montur an zwei Stellen in die Demo rein. Wie eine Walze schoben sie rücksichtslos alles beiseite, was im Weg stand, teilten reichlich Pfefferspray und Schläge aus und besetzten den Lautsprecherwagen. Dort beschlagnahmten sie angeblich gefährliche Gegenstände. Ich konnte einen Blick in die Einkaufsstüte werfen, die davongetragen wurde, und sah 2 Flaschen Heliumgas für Luftballons sowie die Drähte von Wunderkerzen. (in der Presse heißt das gefährlich »Pyrotechnik und Gasflaschen«).

Den Vorwurf der Polizei, angegriffen worden zu sein, kann ich aus meiner Sicht nicht bestätigen. Er ist auch widersinnig, denn die Teilnehmenden hatten sich solchen Aktionen hinter ihren Transparenten selbst entzogen. Außerdem: Wer wollte es ernsthaft wagen, gegen die schutzgerüsteten, muskulösen, bewaffneten und schlagbereiten Beamten zum Nahkampf anzutreten?

**»Auf meinen Rundgängen um das Camp zählte ich bis zu 40 Polizeitransporter, die uns beobachteten. Allerdings musste die verantwortliche Hauptkommissarin im Interview mit dem WDR erklären, dass alles sehr friedlich sei.«**

Bildrechte: »Rheinmetall entwaffnen«



## Solidarität gegen Polizeieskalation

Etwa 500 Menschen waren ab 18 Uhr links und rechts von einem starken Polizeiaufgebot eingekesselt. Es gab für sie keine Möglichkeit, die Versammlung zu verlassen. Verpflegung wurde von Helfenden tröpfchenweise nach Gutdünken der Polizeikette durchgelassen, Toilettengang unmöglich. Erst früh um 5 Uhr konnten die letzten in Verbindung mit einer Personenaufnahme den Kessel verlassen. Die Sanitätsgruppe Süd-West e.V. als Demosanitäter musste 371 Patient:innen behandeln, davon 227 chirurgisch und 68 wegen Pfefferspray. Ich sah selbst, wie einige Menschen vor Erschöpfung einfach zusammenklappten und herausgetragen werden mussten.

Besonders hat mich die Solidarität der anderen Teilnehmenden beeindruckt: Die ganze Nacht blieben wir vor Ort und unterstützten die Eingeschlossenen mit Liedern, Tänzen und Sprechchören. Wer den Kessel endlich verlassen konnte, wurde von den Genoss:innen sogleich herzlich in die Arme genommen und versorgt.

Die Eskalation ging klar von der Polizei aus. Allein ihre massive Präsenz mit Polizei aus anderen Bundesländern, das sichtbare martialische Erscheinungsbild und die Störung der Demo wegen Kleinigkeiten zeigen, dass die Polizei genau eine solche Eskalation gezielt herbeigeführt hat. Sie erwiesen sich erneut als hörige Diener des kapitalistischen Systems und nicht im Dienst des Volkes.

Das Camp und erst recht das Erlebnis dieses Tages haben uns zusammengeschweißt, und auch 2026 heißt es wieder: Alle zusammen – Rheinmetall entwaffnen!

## Mehr Informationen:

Rheinmetall Entwaffnen – Gegen Waffenexporte, Aufrüstung und Krieg



Demosanitäter Sanitätsgruppe Süd-West e. V.



Videobericht über das RME-Camp in Köln auf youtube



Die Finanzierung von RME erfolgt durch Spenden und Beiträge der Teilnehmenden.

Empfänger Spenden & Aktionen  
Verwendungszweck  
Rheinmetall entwaffnen  
IBAN DE29 5139 0000 0092 8818 06

# Über die Arbeit einer Mutter/Vater-Kind-Einrichtung in Weimar

von Katrin Post

Im Jahr 2011 entstand in Niedergrunstedt eine wunderschöne Mutter/Vater-Kind-Einrichtung mit viel Holz und einem Garten in ländlicher Umgebung, mit dem Namen Villa Wilhelmina. Hier wohnen Mütter/Väter mit ihren Kindern für eine gewisse Zeit, wenn sie eigene Probleme, Probleme in der Beziehung zu ihren Kindern und/oder bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder haben. Damals wusste ich jedoch noch nicht, dass sich auch Väter hier aufhalten können. Immer, wenn ich daran vorbeifuhr, dachte ich, das wäre auch ein Platz, wo ich als Kindergärtnerin und Sozialpädagogin mit heilpädagogischer Zusatzausbildung gerne arbeiten würde. Da ich damals glücklich in meinem Beruf als Kindergärtnerin in einem integrativen Kindergarten war, verwarf ich den Gedanken immer wieder.

Nach mehreren Überlastungsdepressionen während 35 Jahren leidenschaftlicher Arbeit im Kindergarten war ich sehr lange krank und habe mich an einem Buch gesundgeschrieben: »Mein Weg zu offener Pädagogik im Kindergarten – Pädagogik, die den Bedürfnissen, Interessen und Entwicklungsständen der Kinder entspricht«. Dann wollte ich mir ein neues Betätigungsfeld suchen. Ich dachte an die Mutter/Vater-Kind-Einrichtung zurück. Ich rief dort an und fragte, ob ich mir die Arbeit dort anschauen kann und einen ehrenamtlichen Job für ein paar Stunden übernehmen kann. Ich fühlte mich sofort wohl im Haus mit Eltern und Kindern. Es wurden gerade Ehrenamtliche gesucht, die die pädagogischen Fachkräfte bei der Kinderbetreuung unterstützen, wenn die Mütter/Väter bei Gesprächen oder Therapien sind. Ich bot meine Hilfe an und betreute für sechs Wochen ein Baby von drei Monaten, während die Mutti täglich sechs Stunden zur Therapie in der Klinik war.

Ich lernte in der Zeit die Menschen des Hauses, die Regeln und Strukturen kennen. Ich war froh, dass es hier mehrere langjährige Mitarbeiter mit verschiedenen Ausbildungen und reichhaltigen Erfahrungen gibt, von denen ich lernen konnte. Die Mitarbeiter übermittelten mir gern ihre Erfahrungen. Da im Haus gerade eine Stelle frei war, bewarb ich mich darauf und begann dort im Januar 2024 zu arbeiten.

Im Bewerbungsgespräch erfuhr ich, dass es nicht nur eine Mutter-Kind-Einrichtung ist, sondern auch Väter, beide Eltern oder Großeltern dort mit ihren Kindern einziehen können. Es können Menschen dort wohnen, die Unterstützung bei der Bildung, Pflege und Erziehung ihres Kindes benötigen und bei ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung. Die Kinder kommen also nicht gleich ins Heim, wenn es Probleme, wie Gewalt oder Vernachlässigung in der Familie gibt, sondern sie bekommen im geschützten Raum des Mutter/Vater-Kind-Heimes Unterstützung durch Fachkräfte mit verschiedener Ausbildung wie Erzieher, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Trauma-Pädagogen, Krankenschwestern, Logopäden und Hebammen. Es können ein bis zwei Kinder pro Elternteil im Alter von bis zu 6 Jahren aufgenommen werden. Da die Eltern mitunter auch drogenabhängig sind, zog man es bisher vor, dass die Eltern mit ihren Kindern fern von ihrer Heimatstadt untergebracht wurden, um von ihren gewohnten Netzwerken wegzukommen. Da man aber in den letzten Jahren gemerkt hat, dass den Eltern ihre positiven Netzwerke zu Familie und Freunden am Heimatort wichtig sind und diese ihnen eine schnellere positive Entwicklung ermöglichen, geht man nun dazu über, die Eltern mit ihren Kindern heimatnah unterzubringen. So müssen Netzwerke nicht komplett neu aufgebaut werden und die Umgebung ist mit ihren Strukturen schon weitestgehend bekannt. Ich fand diese Idee gut, weil sie an meine Erfahrungen mit der offenen Pädagogik, die auf die Bedürfnisse, Interessen und Entwicklungsstände der Menschen eingeht, anknüpft. Ich konnte mir gut vorstellen, hier bedürfnisorientiert zu arbeiten.

Ich lernte nach und nach die Arbeit mit den Menschen kennen. Dazu gehörte Dokumentation, Kontakt zum Jugendamt, das Stellen von Anträgen, Regeln, Traditionen und Strukturen im Haus und Austausch im Team. Ich beobachtete die Bewohner, sagte ihnen, was sie schon gut können und hatte ein offenes Ohr für ihre Fragen. Ich lernte auch Neues von ihnen und wir wuchsen aneinander. Einige suchten immer wieder das Gespräch zu mir. Ich begleitete sie bedürfnis-, interessen- und entwicklungsorientiert. Sie suchen zum Teil heute noch den Kontakt zu mir.

Wenn ich Menschen von meinem neuen Beruf erzählte, wussten die meisten nicht, dass es so etwas gibt und wofür es da ist. Deshalb beschreibe ich die Einrichtung hier, damit noch mehr Menschen von dieser Möglichkeit erfahren.

Die Stiftung Haar, zu der diese Einrichtung und weitere Kinderhäuser gehören, legt sehr viel Wert darauf, dass ihre Mitarbeiter eine kompetenz- und lösungsorientierte Einstellung zu Klienten und Kollegen haben. Sie bietet für gute Pädagogik und Zusammenarbeit tägliche Übergabegespräche von Fachkraft zu Fachkraft, wöchentliche Teambesprechungen, Supervision, Klausurtag und Weiterbildungen an. So besuchte ich z. B. die Weiterbildung »Wie reden wir miteinander? Konstruktive Konfliktkommunikation im Umgang mit politisch dissonanten Positionen« und den Gesundheitstag »Stressbewältigung und Prävention«. Hier lernten wir, welche Faktoren Stress verstärken und wie man durch die sieben Säulen der Achtsamkeit seine Arbeit mit den Menschen verbessern kann. Diese sieben Säulen sind: Nicht-Urteilen, Geduld, Anfängergeist, Vertrauen, Nicht-Erzwängen, Akzeptanz, Loslassen.

Seit sechs Jahren gibt es in Weimar die Sozialraumorientierung nach Professor Dr. Wolfgang Hinte, nach deren Prinzipien auch das Mutter/Vater-Kind-Heim arbeitet. Hier geht es nicht darum, mit pädagogischer Absicht Menschen zu verändern, sondern darum, unter tätiger Mitwirkung der betroffenen Menschen Lebenswelten zu gestalten und Arrangements zu kreieren, die dazu beitragen, dass Menschen auch in prekären Lebenssituationen zurechtkommen. Hinte sagt: »Kein Mensch ist nur hilfsbedürftig«. Vielmehr plädiert er für einen klaren Blick auf die Ressourcen der Menschen und auf die gestaltbaren Bedingungen, die um die Hilfsbedürftigen herum herrschen.

Die 5 methodischen Prinzipien sind:

1. Der Wille der Betroffenen
2. Die Eigenaktivität,
3. Die Ressourcenorientierung,
4. Zielgruppen- und Bereichsübergreifende Sichtweise
5. Kooperation und Koordination.

Sozialraum ist der Ort, das Dorf, das Wohnhaus oder der Stadtteil, in dem man lebt und Orientierung bedeutet, dass man weiß, wo man ist, wo man hinwill und was man für wichtig hält.

Was heißt das für das Mutter/Vater-Kind-Heim?

Das heißt, die Mütter und Väter sollten gewillt sein, ihre Selbstkompetenz zu stärken und zu verbessern. Sie werden so unterstützt, dass sie selbstständig und eigenverantwortlich leben können und sich im lokalen Umfeld zurechtfinden. Die Einrichtung hilft den Familien dabei, die Angebote im lokalen Sozialraum zu erkunden und zu nutzen, wie z. B. Beratungsstellen, Vereine, Bildungseinrichtungen, soziale Einrichtungen und Gesundheitsdienste. Die Unterstützung ist auf die individuellen Bedürfnisse, Interessen, Entwicklungsstände und Lebenssituation der Familien zugeschnitten. Die Fachkräfte der Einrichtung bieten Hilfestellung bei der Bewältigung des Alltags mit dem Kind, bei der Stärkung der Eltern-Kind-Beziehung und der bedürfnis-, interessen- und entwicklungsorientierten Begleitung der Kinder, bei der Suche nach Wohnraum, beim Zugang zu Bildungsangeboten und bei der Suche nach Beschäftigung.

Nach individueller Lernzeit im Mutter/Vater-Kind-Heim, die finanziell vom Jugendamt der Heimatstadt getragen wird, ziehen die Mütter/Väter mit ihren Kindern in den eigenen Wohnraum und werden bei Bedarf noch weiter unterstützt. In einzelnen Fällen, in denen die Eltern aus persönlichen Gründen und/oder gesundheitlich bedingt nicht in der Lage sind, ihre Kinder im eigenen Wohnraum zu betreuen, kommen die Kinder ins Kinderheim und die Eltern werden möglichst bei der Betreuung ihrer Kinder mit einbezogen. Es ist wichtig für eine gut funktionierende demokratische und soziale Gesellschaft, dass solche Mutter/Vater-Kind-Einrichtung politischen Rückhalt haben, weiter ausreichend finanziert und unterstützt werden, damit sie möglichst gut nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen arbeiten können und wir eine gute Zukunft für möglichst viele Menschen in unserer Gesellschaft erreichen.

Villa Wilhelmina  
– Stiftung Dr. Georg Haar



<https://www.stiftunghaar.de/einrichtungen/villa-wilhelmina/>

# Interview mit russischen Aktivist:innen

von Paul Pazzini

## Wie hat sich die Autoritarisierung Russlands angebahnt?

M: Das war ein langer Prozess. Mich persönlich hat am stärksten getroffen, dass Wehrtüchtige wie ich damals in den 2. Tschetschenien-Krieg eingezogen wurden. Das Autoritäre existierte schon unter Jelzin, doch Putin trieb es 2004 noch weiter: Alle Macht wurde zentralisiert. Städte, Länder (Oblasti), etc. sollten von putintreuen Menschen regiert werden. Das Rentenalter wurde bald angehoben. Und natürlich der Angriff auf die Krim.

K: Es gab nie richtige Demokratie in Russland. Die junge russische, postsowjetische, Demokratie hat schon mit Panzern angefangen. Doch das Autoritäre wurde meines Erachtens nach 2012 spürbar. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte ohne große Probleme demonstriert werden. Dann kamen die Bestrafungen.

I: Das waren listige Repressionen. Langsam wurde die Möglichkeit unserer Selbstorganisation eingegrenzt. Immer mehr galt das Recht des Stärkeren.

K: Du wusstest nie, wen sie festnehmen werden und wen nicht. Aber wenn es einen juristischen Prozess gegen dich gab, konntest du sicher sein, dass du im Gefängnis landest.

M: Und eine Mitgliedschaft bei der Jabloko-Partei (von Nawalny) konnte die Wahrscheinlichkeiten für einen Prozess erhöhen, beispielsweise. Wenn ein Prozess gegen dich läuft, durchsuchen sie alles und werden dir alles mögliche ankreiden.

I: Für politisch Engagierte also ein System der Angst.

## Welche Tipps habt ihr für Deutsche Linke?

I: Also, wir Russischen »Progressiven« dachten stets, dass wir nur unser Ding durchziehen müssen. Die Putin-Leute haben wir als faschistisch beschimpft und uns nicht mit ihnen auseinandergesetzt. Aber es ist komplizierter.

K: Genau, die Opposition sah sich als etwas Besseres an als die anderen, statt sich mit den Problemen der Mehrheit auseinanderzusetzen. Wir sollten mehr über Verbesserungen nachdenken als darüber, wer besser ist.

M: Mit möglichst allen sollte gearbeitet werden ... In Russland hatten wir aber schon immer andere Voraussetzungen als ihr. Ich weiß nicht, was gegen eine Diktatur helfen soll oder was von unseren Erfahrungen dann in eurer Demokratie hilft.

## Wie ist euer Verhältnis zu den Menschen aus der Ukraine?

M: Ich bin selbst Ukrainer! Und ohnehin: Von uns Geflüchteten unterstützt kaum jemand Putin.

K: Ich war ehrlich gesagt sehr überrascht, dass ich unter Ukrainischen Leuten keine Russophobie erfuhr. Niemand kritisiert mich dafür, Russe zu sein. Wir gehen ja zu den gleichen Sprachkursen.

I: Wir sind mit Ukrainischen Leuten auf derselben sozialen Ebene. Ich helfe Ukrainischen Omas, zum Beispiel beim Arzt. Sie können ja kein Deutsch.

1 Interview geführt und aus dem Russischen übersetzt von Paul Pazzini. Die Namen wurden zum Schutz als Kürzel genutzt.



Foto: pixabay

# Auftakt der Mietenkampagne für unseren Kreisverband

von der AG Heizen und Soziales

Wir befinden uns am Anfang einer groß angelegten, bundesweiten Mietenkampagne. Mietende haben sich viel zu lange die Ausbeutung durch Vermieter:innen gefallen lassen - wir wollen uns organisieren.

Um die Kampagne dafür vorzubereiten, gab es einen Kongress in Berlin, auf dem sich 800 Genoss:innen trafen. Dort lernten wir, wie wir den Heizkostencheck gut umsetzen und uns dem Thema gerechter Fernwärme widmen können. Wir konnten uns auch darüber austauschen, welche Schwierigkeiten ähnlich situierte Verbände haben.

Meine Einschätzung unseres Kreisverbandes ist, dass wir einerseits ein städtisches Mietverhältnis haben (das in meinen Augen leider mit Leipzig mithält). Andererseits ist die Lage außerhalb der Stadt anders: Beispielsweise berichteten Genoss:innen aus dem benachbarten Kreisverband Saale-Orla-Kreis, dass Mietende oft von ausstehenden Sanierungen betroffen sind, die mit Schimmelbefall etc. ein illegales Niveau erreichen.

Um diese Probleme anpacken zu können, müssen wir uns organisieren: Mietende Weimars, vereinigt euch! — Um es mit dem Känguru zu sagen, oder so.

Wenn du, liebe lesende Person, zur Miete wohnst wie ich, wirst du bestimmt auch kein einwandfreies Verhältnis zu deinen Vermieter:innen haben – und wenn das »nur« eine viel zu teure Monatsmiete ist!

Die Zeit ist reif, dass wir einander helfen, Weimar zu einem besser bewohnbaren Ort zu machen. Wenn du Interesse hast, schreibe doch gerne an [wirhelfen@die-linke-apolda-weimar.de](mailto:wirhelfen@die-linke-apolda-weimar.de) oder schau bei den Aktionen der AG Heizen und Soziales vorbei.



Auftakt der Mietenkampagne in Berlin. Foto: Martin Heinlein

## Spende fürs Ginkgoblatt

Liebe Leser:innen, wenn auch ihr möchtet, dass das rote Ginkgoblatt dauerhaft finanziell abgesichert ist, dann spendet bitte auf nebenstehendes Konto.

DIE LINKE. Apolda-Weimar  
Sparkasse Mittelthüringen

IBAN: DE34 8205 1000 0301 0136 08  
BIC: HELADEF1WEM

Zweck: Spende Ginkgoblatt

# Stadttaubenhilfe

## Weimar e.V.

Engagement für ein friedliches Miteinander von Mensch und Tier

von Melissa Böhme

Als wir 2017 den Stadttaubenhilfe Weimar e.V. gründeten, hatten wir ein klares Ziel: den Stadttauben in Weimar zu einem besseren Leben zu verhelfen – und gleichzeitig die Situation in der Stadt nachhaltig zu verbessern. Inzwischen zählen wir 42 engagierte Mitglieder, die sich täglich mit Herzblut für unsere gefiederten Mitbewohner:innen einsetzen.

Unsere Arbeit ist vielfältig. Wir pflegen kranke und verletzte Tauben, versorgen in unserer Voliere dauerhaft gehandicapte Tiere, beraten Bürger:innen in Taubenfragen und leisten mit dem Eiertausch einen wichtigen Beitrag zur kontrollierten Populationsregulierung. Grundlage unseres Handelns ist das sogenannte Augsburg-Modell, das ein tierschutzgerechtes Stadttaubenmanagement vorsieht: Statt zu vertreiben oder zu töten, setzen wir auf Betreuung, Hygiene und Geburtenkontrolle durch den Austausch echter gegen Gips-Eier in den Taubenschlägen.

Inzwischen betreuen wir beziehungsweise der über die Stadt Weimar angestellte Taubenwart drei Taubenschläge in Weimar. Unser erstes großes Projekt war das Taubenhôtel in Weimar-Nord, welches wir Ende Oktober 2020 gemeinsam mit der Stiftung Wohnen Plus und der Stadt Weimar eröffneten. In einem ausgebauten Container auf dem Dach des Gebäudes leben rund 130 Tauben. Seit der Eröffnung wurden dort bereits etwa 4000 Eier getauscht – ein entscheidender Beitrag zur Populationskontrolle.

Ein Jahr später folgte der Taubenschlag im Mon Ami, wo derzeit etwa 180 Tauben ein Zuhause gefunden haben. An diesem Standort wurde der Dachboden so umgebaut, dass ein Taubenschlag integriert werden konnte. Seit 2021 wurden dort 4700 Eier gegen Eier aus Gips ausgetauscht. Unser jüngster Standort ist ein weiterer ausgebauter Container auf einem Hochhaus in Weimar-West, eröffnet 2023. Dort leben etwa 120 Tauben und bislang wurden 1600 Eier getauscht.

Doch warum das alles? Ganz einfach: In Weimar gab es zu viele Tauben. Bei unserer ersten Zählung im Jahr 2021 zeigte sich ein deutliches Ungleichgewicht. Drei Jahre später, 2024, konnten wir erneut zählen und das Ergebnis war ein großer Erfolg: Die Taubenpopulation ist um rund 38 Prozent gesunken. Dieser Rückgang belegt, dass unser Konzept funktioniert – tierschutzgerecht, nachhaltig und stadtverträglich.

Trotz dieser Erfolge gibt es noch viel zu tun. Unser Ziel ist es, weitere Taubenschläge, vor allem im innerstädtischen Bereich, einzurichten. Dafür brauchen wir Unterstützung: engagierte Ehrenamtliche, Spenden für die Versorgung unserer Tauben – und vor allem neue Standorte, an denen wir weitere betreute Schläge aufbauen können.

Unsere Arbeit zeigt: Mit Verständnis, Engagement und einem klaren Konzept kann eine Stadt zum Vorbild im Umgang mit Stadttauben werden. Jede Hilfe – ob tatkräftig oder finanziell – trägt dazu bei, dass Weimar sauberer, friedlicher und tierfreundlicher wird. Denn Stadttauben sind keine Plage, sondern Mitgeschöpfe, die unsere Fürsorge verdienen.

### Kontakt

Stadttaubenhilfe Weimar e.V.  
0178/3097213  
stadttaubenhilfe-weimar@gmx.de



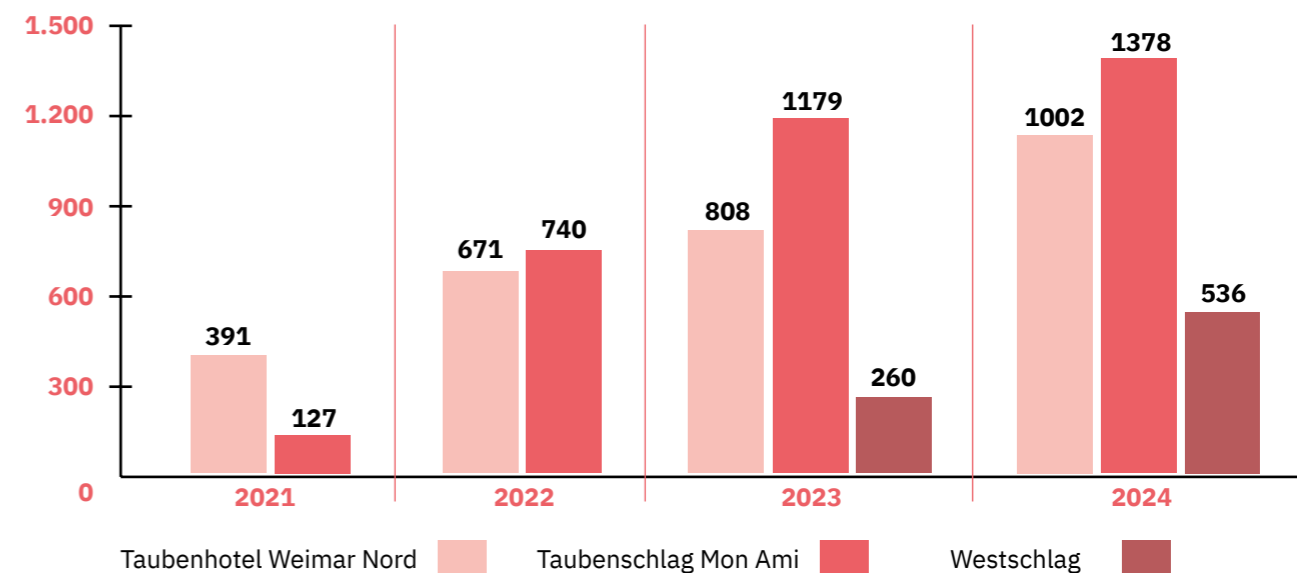
Das Taubenhôtel Weimar Nord.  
Foto: André Mey

\* Laut der Broschüre „Grundlagen für ein effizientes, tierschutzgerechtes Stadttaubenmanagement in deutschen (Groß)Städten – Eine Handreichung für die Praxis“ von Alexandra Weyrather<sup>1</sup> sollte man jedoch wie folgt berechnen: Taubenzahl + ¼ Taubenzahl (Dunkelziffer) + 5% Taubenzahl (Zählfehler) = Gesamtpopulation  
Sowohl durch unsere eigentliche Berechnung als auch durch die Berechnung nach der Broschüre, lässt sich jedoch ein Rückgang der Taubenpopulation um 34% (alte Berechnung) beziehungsweise 38,4% (neue Berechnung) verzeichnen.

### Taubenmonitoring der Stadttaubenhilfe Weimar e. V.

Ort	2021	2024
Frauenplan	48	115
Herderplatz	4	7
Markt	0	6
Theaterplatz	124	143
Goetheplatz	58	26
Graben	61	0
Rollplatz	0	3
Schloss	11	13
Schillerstraße	10	4
Stadtmuseum	44	0
Bauhausmuseum	28	49
Steubenstraße	0	4
Milchhof	78	20
Bahnhof	53	39
Unterführung Ettersb.Str.	3	0
Straßburger Platz	28	16
Gemeinschaftsschule West	12	0
Innenhof Moskauer Straße	33	23
Innenhof Paradies Mosk.Str.	69	9
Lagerhalle EOW	14	12
Heberer (Buttelstedter Str.)	0	0
Schöndorf Gärtigstr.	0	5
Sonstige	~ 300	~ 300
Weimar Nord	~ 300	43
<hr/>		
Insgesamt geschätzt/gezählt	1268	837
Dunkelziffer 1/3	442,67	279
<hr/>		
<b>Insgesamt alte Berechnung</b>	<b>1690,67</b>	<b>1116</b>
<hr/>		
Dunkelziffer (3/4)	951	627,75
Zählfehler (5%)	63,4	41,85
<hr/>		
<b>Insgesamt neue Berechnung*</b>	<b>2282,4</b>	<b>1406,6</b>

### Getauschte Eier in den Weimarer Taubenschlägen



<sup>1</sup> Quelle: [https://www.tierrechte.de/wp-content/uploads/2021/09/2021-HB-Stadttaubenmanagement\\_web.pdf](https://www.tierrechte.de/wp-content/uploads/2021/09/2021-HB-Stadttaubenmanagement_web.pdf)

# Neues von der Linksjugend — 40. Landesjugendtreffen

von Hannah Elisa Hempel

Liebe Genossinnen und Genossen, seit der Bundestagswahl gab es nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch innerhalb der Linksjugend einen deutlichen Mitgliedszuwachs. Auch der Anteil aktiver Teilnehmenden ist gestiegen, sodass wir in den letzten Monaten gut ins Arbeiten gekommen sind. Wir treffen uns regelmäßig in der M17, um uns zu organisieren, Aktionen zu planen und uns politisch sowie persönlich auszutauschen und zu bilden. Wir wollen euch heute von unserer Teilnahme am 40. Landesjugendtreffen der Linksjugend [solid] Thüringen berichten. Dieses fand am Wochenende des 24.- 26.10.2025 in Erfurt im Kontor statt. Am Freitag reisten wir gemeinsam mit dem Zug an und haben zunächst unsere Zimmer, wenige Gehminuten vom Kontor entfernt, bezogen. Schließlich begaben wir uns, gespannt auf das Abendprogramm, auf den Weg zur Location. Am Freitagabend fanden zwei Plena statt – ein Flinta-Plenum, sowie ein offenes Plenum. Außerdem gab es Besuch und ein Grußwort von einer Vertreterin der Grünen Jugend. Zwischendurch wurden Aufgaben für das gesamte Wochenende verteilt (wie z.B. Frühstück vorbereiten, Stühle wegräumen), sodass die Arbeit gerecht aufgeteilt war. Bei leckerer Pizza zum Abendbrot gab es schließlich viel Möglichkeit zum Kennenlernen und Vernetzen mit anderen Basisgruppen. Der Höhepunkt des Abends war das gemeinsame Karaoke-Singen. Sehr gern und häufig wurden verschiedene ältere kommunistische Arbeiterlieder gesungen, unter anderem »Die Arbeiter von Wien« und »Die Moorsoldaten«.

Nach einem langen, aber schönen Abend und einer recht kurzen Nacht trafen wir uns am Samstagmorgen wieder im Veranstaltungsort, zu frischem Kaffee, Tee und Brötchen. Zu Beginn fand eine kurze Einführung für alle Neumitglieder statt. Danach sind wir mit einigen weiteren Grußworten in die Tagesordnung gestartet. Darunter ein Grußwort der Landesvorsitzenden Katja Maurer und Ralf Plötner. Für besondere Freude sorgte Katjas felliger Begleiter, ein ganz wunderbarer freundlicher Hund, der durch den Raum tapsen durfte und sich beim Fotografieren sofort respektvoll ein paar Streicheleinheiten abholen kam. Außerdem stellten sich der »alte« Landesprecher:innenrat, sowie das Awarenesssteam

noch einmal vor. Während des fortschreitenden Tages wurden die im Voraus sowie spontan gestellten Anträge und Änderungsanträge vorgestellt, diskutiert und darüber abgestimmt. In kurzen Gesundheitspausen und der Mittagspause gab es viele Gespräche und Vernetzung mit Basisgruppenmitgliedern. Insbesondere mit den Basisgruppen Erfurt und Jena konnten wir einen guten Kontakt herstellen und freuen uns darauf, in Zukunft enger zusammenzuarbeiten und ggf. auch gemeinsame Aktionen zu planen.

Am Nachmittag haben sich alle Teilnehmenden in insgesamt vier Arbeitsgruppen eingeteilt, um den Antrag »Die Zukunft organisieren - Für eine Partei der Klasse« gemeinsam durchzusprechen und die Möglichkeit zu haben, Änderungsanträge zu verfassen und zu stellen. Der Antrag behandelt unsere Wünsche und Vorstellung von der gemeinsamen Zusammenarbeit mit der Partei. Er umfasst unsere Ansichten zur Regierungsbeteiligung, der Arbeit als Klassenpartei, das allgemeine Auftreten sowie die Parlamentsarbeit und wichtige Impulse zur Nachwuchsförderung. Insgesamt gab es 16 Änderungsanträge, von denen manche ganze Passagen umfassten, andere nur Nebensätze einfügten oder Begriffe vereinfacht formulierten. Nach einigen Diskussionen und Abstimmungen zu den einzelnen Änderungsanträgen wurde der Antrag von den Teilnehmenden schließlich angenommen. Die Kernaussage des Antrages ist, dass Lehren aus der Regierungszeit in Thüringen gezogen wurden, deren innerparteiliche Aufarbeitung notwendig ist. Außerdem soll sich Die Linke als Partei der Klasse etablieren, die in der Gesellschaft breit verankert ist. Diese Mentalität tragen wir als Linksjugend ebenso. Wir sind der Meinung, dass wir als Jugendverband nicht nur die Partei kritisieren, sondern auch fester Teil der Aufarbeitung und der Zukunftsgestaltung der Partei sein müssen und werden.

Neben vielen Anträgen und Abstimmungen fanden auch einige Wahlen statt. Ganz oben auf der Liste stand dafür unter anderem die Wahl des neuen Landesprecher:innenrates (kurz: LSPR).



Gruppenfoto vom Landesjugendtreffen. Foto: Linksjugend Thüringen

Für alle Wahlen gab es zur Kandidatur eine quotierte (Flinta-)Liste, sowie eine offene Liste, um mehr Diversität in die Ämter zu bringen. Die verschiedenen Kandidat:innen stellten sich vor, beantworteten einzelne Fragen der Wähler:innen und es gab Für- und Gegenreden. Am Ende des Abends hatten wir einen neuen LSPR. Den Samstagabend ließen einige Genoss:innen bei einer Quizrunde ausklingen, andere gingen früh ins Bett, um fit für den Endspurt am Sonntag zu sein. Den Sonntagmorgen begannen wir mit dem Abziehen unserer Betten und dem Aufräumen der Ferienwohnung, bevor es wieder zum Frühstück ging. In unserer gemütlichen Frühstücksrunde entstand gemeinsam mit Personen aus anderen Basisgruppen Thüringens spontan die Idee, einen Landesarbeitskreis »Selbstfürsorge« zu erschaffen, welcher sich seit Sonntag tatsächlich auch in der Gründungsphase befindet. Nach dem Frühstück ging es weiter mit ein paar letzten Anträgen und Wahlen, sowie den Berichten der Kassenprüfung. Nachdem die letzten organisatorischen und bürokratischen Punkte der Tagesordnung abgearbeitet waren, trafen sich alle Teilnehmenden für ein Gruppenfoto vor dem Gebäude. Statt dem typischen »Cheese!« wurden unsere Fotos zu dem Ruf »Alerta! Alerta! Antifascista!« geknipst, welcher von den umliegenden Gebäuden klangvoll widerhallte.

**» Wir sind der Meinung, dass wir als Jugendverband nicht nur die Partei kritisieren, sondern auch fester Teil der Aufarbeitung und der Zukunftsgestaltung der Partei sein müssen.«**

Auch wir als Basisgruppe nutzten die Anwesenheit des Fotografen, um ein paar Fotos von uns machen zu lassen. Am Nachmittag gab es schließlich einige letzte Gespräche, Vernetzung und gemeinsames Aufräumen des Veranstaltungsortes.

Insgesamt war es ein anstrengendes aber erfolgreiches Wochenende. Neue Freund:innenschaften wurden geknüpft und wir haben einiges dazugelernt und freuen uns schon darauf, beim nächsten Landesjugendtreffen erneut zahlreich zu erscheinen.

# Quartiersradeln in Weimar West

von Katja Seiler

**D**urch die Linke Fraktion im Beirat Radverkehr wurde angeregt, mal den Blick über die Innenstadt hinaus auf die Ortsteile Weimar-West, Weimar-Nord und Schöndorf zu richten. Der Beirat hat daraus eine neue Beteiligungsform, das Quartiersradeln, entwickelt. Beim ersten Quartiersradeln im Mai in Weimar-West wurden Gefahrenstellen und Hindernisse für Radfahrende und Fußgänger:innen identifiziert und Vorschläge für Veränderungen erarbeitet, um Radfahren sicherer und attraktiver zu gestalten. Die ersten Ideen wurden bereits umgesetzt. Aber es gibt noch viel zu tun.

Der Ortsteil Weimar-West unterscheidet sich durch seine Insellage, getrennt durch zwei Bahnstrecken nördlich und östlich von der Stadt, und seinem Einbahnstraßensystem deutlich von anderen Stadtteilen. Da nur eine Straße von der Innenstadt nach Weimar-West führt, nutzen Radfahrer:innen die Fußwege, um aus oder in den Ortsteil zu gelangen. Einer dieser Wege führt über die Florian-Geyer-Straße aus südlicher Richtung von der Innenstadt und aus nördlicher Richtung vom Bahnhof/Stadtring nach Weimar-West. Als erstes Ergebnis des Quartiersradelns wurde diese Straße an beiden Abschnitten für den Radverkehr im Gegenverkehr freigegeben. Durch die Freigabe der Moskauer, Warschauer und Budapester Straße müssen im Quartier keine Umwege mehr gefahren werden.

Eine der wichtigsten Maßnahmen, die durch den Ortsteilrat priorisiert wurde, ist die Absenkung des Bordsteins am Durchgang Moskauer Straße in Richtung Soproner Straße.

Dieser Weg wird durch Bewohner:innen von zwei sozialen Einrichtungen, dem Seniorenheim und dem Heim für Menschen mit Beeinträchtigungen, sowie Schüler:innen und Eltern zweier Schulen und Radfahrer:innen genutzt. Er stellt damit eine der wichtigsten Verbindungen durch den Ortsteil dar. Über die Absenkung hinaus bedarf dieser Weg einer grundhaften Sanierung.

Weiterhin wurde der Abbau der Drängelgitter am Weg von der Budapester Straße durch das Gewerbegebiet zur Schwanseestraße, die auch für Menschen mit Gehhilfen, Kinderwagen, oder Rollstuhlfahrer:innen kaum zu überwinden sind, als wichtige Maßnahme benannt, ebenso wie die Herstellung von Übersichtlichkeit am Rad-/Fußweg ab der Kreuzung Stadtring/Schwanseestraße. Dieser Weg wird durch ein- und auspendelnde Schüler:innen genutzt und bedarf einer besonderen Sicherheit.

In Weimar West hat sich gezeigt, dass die Erfahrungen von den Menschen im Ortsteil, die Einbeziehung von Akteur:innen wie Quartiersmanagement, Ortsteilrat, Senioren- u. Behindertenbeirat, zur Entwicklung eines attraktiven und sicheren Radverkehrs notwendig sind. Besonders für Ortsteile wie Weimar-West, Weimar-Nord und Schöndorf-Waldstadt, in ihrer isolierten Randlage, mit ihrer besonderen Einwohner:innenstruktur, sind sichere Fuß- und Radwege im Ortsteil sowie in und aus dem Ortsteil, von besonderer Wichtigkeit. Die Linke Fraktion wird diesen Prozess weiter begleiten. Wenn dieser Artikel erscheint, hat bereits das nächste Quartiersradeln in Weimar-Nord stattgefunden. Auf die Ergebnisse können wir gespannt sein.



Barriere am Weg zwischen Moskauer Straße und Stadtteilpark.  
Foto: Katja Seiler



Klausur der Stadtratsfraktion Weimar im Jahr 2025. Foto: Eliza Gäde

# Ins Ehrenamt berufen

– sachkundige Bürger:innen in der  
Kommunalpolitik

von Alexander Böber

**D**ie Phrase ›Politikverdrossenheit‹ hängt im Raum, wenn Gespräche politische Themen berühren: »Die da oben entscheiden und wir müssen die Entscheidung (er)tragen.« Dabei ist Verdrossenheit oft nur ein Ausdruck der Hilflosigkeit. Eine Hilflosigkeit, die nicht sein müsste.

Gerade in der kommunalen Politik ist der Mensch jederzeit nahe an den Entscheidungen und Entscheidungstragenden und kann auch leicht ein Teil dieser Entscheidungsträger sein, selbst ohne Wahlkampf und Mandat. Denn, und das ist wichtig, in den Gemeinden, Kreisen und Städten, dort, wo Politik am unmittelbarsten das Leben der Menschen beeinflusst – sei es bei Straßensanierungen, Kindertagesstätten, Kulturangeboten oder Haushalt und Finanzen – ist Politik so nahe an der Lebensrealität, dass sie ohne die ständige Mitwirkung der Bürger:innen nicht auskommen kann. Es braucht allerdings eine individuelle Motivation, große Bereitschaft zur Mitarbeit und etwas Geduld.

Doch eines nach dem anderen: In Thüringen gilt für unsere Städte und Gemeinden das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung – ein zentraler Pfeiler demokratischer Teilhabe. Damit nicht nur gewählte Mandatsträger:innen wirken, sind sogenannte ›berufene oder sachkundige Bürger:innen‹ unverzichtbar: Menschen aus dem Alltag, mit spezifischen Kenntnissen oder Erfahrungen, die in Ausschüssen mitwirken können.

Ihre Rolle ist nicht nur symbolisch, sondern trägt dazu bei, Verwaltung, Ratsgremien und Bürgerinnen und Bürger näher zusammenzubringen.

## Rolle und Funktion sachkundiger Bürger:innen

Warum ist das bedeutsam? Erstens erhöhen solche Mitwirkungsmöglichkeiten die Akzeptanz von Entscheidungen: Wer von Anfang an einbezogen wird, identifiziert sich eher mit dem Ergebnis. Zweitens kann sachkundige Beteiligung die Qualität politischer Entscheidungen verbessern: Lokales Fachwissen und konkrete Erfahrungswerte ergänzen klassische Expertisen – insbesondere angesichts wachsender Komplexität kommunaler Aufgaben. Drittens stärkt sie die demokratische Legitimation und Nähe der Institutionen zur Bevölkerung – ein Aspekt, der in Zeiten niedriger Wahlbeteiligung und wachsender Distanz gegenüber politischen Prozessen zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Für uns im Herzen von Thüringen heißt das: In unseren Städten wie Weimar, unserem Kreistag im Weimarer Land und in der Stadt Apolda können sachkundige Bürger:innen ein wichtiges Bindeglied zwischen Verwaltung und Bevölkerung sein – mit zentralen Wirkungen. In der Praxis zeigt sich allerdings noch das Bild: Es fehlt das Bewusstsein bei Bürger:innen, was Ausschüsse tun und wie Mitwirkung möglich ist. Die Folge: Viele fühlen sich über Kommunalpolitik schlecht informiert und nicht an der Entscheidungsfindung beteiligt.

Dabei ist die Funktion und Struktur recht übersichtlich: In den Kommunen können gewählte Mitglieder der Fraktionen der Räte und Gremien sachkundige Bürger:innen in Ausschüsse entsenden. Diese sind dann – je nach Landes- und Gemeindeordnung – mitberatend oder mit stimmberechtigtem Sitz in Ausschüssen vertreten. Auch wenn die konkrete Rechtslage in Thüringen nicht in jedem Detail hier dargestellt werden kann, zeigt sich: Die Einbindung fachkundiger Bürger:innen ermöglicht, dass praktisches Erfahrungswissen, lokale Kenntnisse und Kompetenzen, die über das Mandat hinausgehen, in die politische Arbeit eingebracht werden.

#### Motivation, Geduld und Sachkenntnis

Doch warum sollte man sich in den Gremien engagieren? Weil man ein Teil der Gemeinschaft sein kann? Weil man mitgestaltet und etwas verändert? Ja, ja und ja. Hinzu kommt noch ein Fokus auf das Wesentliche. Als gewähltes Mitglied eines Gremiums wie Stadt- oder Kreisrat ist man vielseitig unterwegs, was auch bedeuten kann, man sitzt in Gremien und Ausschüssen, die sich mit Themen befassen, die einem weniger liegen. Als sachkundige:r Bürger:in kann man sich sein Betätigungsfeld frei(er) aussuchen, muss vorher keinen langwierigen Wahlkampf bestreiten und darf trotzdem mitgestalten. Ich engagiere mich seit einigen Jahren in der Kultur- und Vereinsarbeit in Weimar. Ich habe mich in der vergangenen Kommunalwahl für den Stadtrat Weimar aufstellen lassen, weil ich diese Arbeit mit einer politischen Dimension versehen und vertiefen wollte. Aus meiner Kandidatur ging kein Mandat hervor, aber die Motivation und das Engagement waren weiterhin vorhanden und trafen in der Stadtratsfraktion Die Linke Weimar auf absolut konstruktive Resonanz. Ich wurde in den Jugendhilfeausschuss berufen und bin auch als stellvertretendes Mitglied unserer Stadträtin Jana Körber im Ausschuss und den Unterausschüssen vertreten. Als sachkundiger Bürger wollte ich nicht nur reden, sondern mitgestalten – in Ausschüssen mit lokalem Bezug – und dies kann ich auf diesem Weg. Ich bringe die Perspektive derjenigen ein, die nicht hauptamtlich Politik machen, aber tagtäglich vor Ort aktiv sind. So wird nicht nur über uns, sondern mit uns entschieden.

#### Meine heutige Sicht auf das Ehrenamt

Ich sitze seit einem Jahr im Jugendhilfeausschuss und den Unterausschüssen. Es war eine inspirierende, aufreibende und sehr arbeitsreiche Zeit. Als sachkundiger Bürger im Jugendhilfeausschuss in Weimar habe ich einige Hürden aber auch die Chancen kennenlernen dürfen. Zu Beginn fühlt man sich etwas außen vor – viele Fachbegriffe, viele Unterlagen. Doch nach den ersten Sitzungen kamen auch die Aha-Erlebnisse: ich erfuhr viel über die örtlichen Besonderheiten (z. B. demografische Struktur der Stadt), einige meiner Gedanken wurden aufgegriffen und beeinflussten Vorlagen. Es waren kleine Schritte, viele Gespräche und Treffen dafür notwendig und der Effekt war und ist durchaus spürbar. Ja, ich arbeite in Vollzeit, bin Vater, Ehepartner und Freund, habe auch noch andere Hobbies und Aufgaben. Oft fehlt das Quäntchen Zeit, sich in alle Aspekte ausgiebig einzuarbeiten – Ausschussarbeit braucht einiges an Vorbereitung, Kapazitäten für Sitzungen und den Austausch. Und ich weiß Ehrenamt und Engagement müssen sich immer auch mit dem Alltag vereinbaren lassen. Aber für mich heißt diese Mühe auch: Sachkunde zahlt sich aus.

Die Beteiligung »berufener oder sachkundiger Bürgerinnen und Bürger« in der Kommunalpolitik ist mehr als ein formales Mitspracherecht. Sie ist für eine lebendige, demokratische und handlungsfähige Kommunalpolitik unverzichtbar: Sie ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Verwaltung, den gewählten Vertretungen und der Lebensrealität der Menschen vor Ort. Dank dieser Beteiligungsform können wir unser Alltagswissen, unsere Erfahrung und spezifische Sachkunde dort einfließen lassen, wo Entscheidungen über Infrastruktur, Bildung, Umwelt oder Haushalt getroffen werden. Und jede Person kann das.

# Ins Gefängnis wegen eines fehlenden Fahrscheins?

von Eliza Gäde

#### Unser Antrag im Weimarer Stadtrat

Mit einem Antrag im Weimarer Stadtrat haben wir eine Diskussion angestoßen, die weit über die Stadtgrenzen hinausweist: Soll das Fahren ohne Fahrschein weiterhin eine Straftat sein oder ist es an der Zeit, diesen über 90 Jahre alten Strafrechtsparagrafen endlich in die Geschichte zu verabschieden?

#### Der Antrag: »Keine Strafanzeige wegen Fahrens ohne Fahrschein«

Bereits Ende Juni 2025 brachten wir den Antrag »Keine Strafanzeige wegen Fahrens ohne Fahrschein« in den Stadtrat ein. Der Kern: Das städtische Verkehrsunternehmen soll künftig darauf verzichten, Strafanzeigen nach § 265a Strafgesetzbuch (»Erschleichen von Leistungen«) zu stellen. Wer ohne gültiges Ticket unterwegs ist, soll weiterhin das erhöhte Beförderungsentgelt von 60 Euro zahlen, aber nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Niemand soll mehr wegen eines fehlenden Tickets ins Gefängnis müssen. Zugleich fordert unser Antrag, dass Betroffene gezielt auf das Sozialticket und auf lokale Sozialberatungsstellen hingewiesen werden. Denn viele Menschen fahren nicht aus »Betrugsabsicht« ohne Fahrschein, sondern schlicht, weil sie sich ein Ticket nicht leisten können.

#### Ein Paragraph aus dem Jahr 1935

Der § 265a StGB wurde am 1. September 1935 eingeführt, also vor fast genau 90 Jahren. Noch heute gilt er unverändert. Während Falschparken lediglich eine Ordnungswidrigkeit darstellt, wird das Fahren ohne Fahrschein als Straftat verfolgt.

Das führt zu absurden und oft tragischen Konsequenzen: Menschen, die die verhängten Geldstrafen nicht bezahlen können, landen am Ende im Gefängnis. Bundesweit betrifft das jedes Jahr Tausende. Untersuchungen zeigen, dass 77 Prozent der Betroffenen arbeitslos sind, jede:r Fünfte obdachlos, jede:r Sechste suizidgefährdet. Die Haftstrafe löst dabei keines der zugrunde liegenden Probleme. Sie verschärft Armut und soziale Not nur weiter.

»Hier geht es nicht um Betrug, sondern um ein soziales Problem«, erklärte unsere Vorsitzende Marit Haferkamp in ihrer Rede im Stadtrat. »Und bei sozialen Problemen hilft kein Strafgericht und auch kein Gefängnis.«

Marit verwies auch auf die wirtschaftliche Dimension: Ein Hafttag kostet den Staat über 150 Euro. »Das bedeutet, dass wir jährlich Millionenbeträge für die Inhaftierung von Menschen ausgeben, deren einziges »Vergehen« darin besteht, arm zu sein.«

#### Änderungsantrag: 2 Jahre Testphase

Nach der Einbringung wurde der Antrag in den Familien- und Sozialausschuss überwiesen. Dort äußerte die Stadtwirtschaft Vorbehalte, da sie befürchtete, dass sich diese Änderung »herumspricht« und dann mehr Menschen ohne Fahrschein fahren würden. Im darauffolgenden Stimmungsbild gab es lediglich vier Stimmen für den Antrag und sechs dagegen. Da der ursprüngliche Antrag im Stadtrat keine Mehrheit gefunden hätte, legten wir im Oktober einen Änderungsantrag vor. Dieser sieht vor, dass die Stadtwirtschaft Weimar zunächst für zwei Jahre auf Strafanzeigen verzichtet. Nach Ablauf dieser Frist soll eine Evaluation erfolgen. Dann wird geprüft, ob sich die Befürchtungen der Stadtwerte bestätigen oder ob sich das Modell bewährt hat.

#### Ein bundesweiter Trend

Während die Diskussion in Weimar noch läuft, hat Frankfurt am Main im September 2025 auf Antrag der Linken bereits Fakten geschaffen: Dort wurde beschlossen, dass das Fahren ohne Fahrschein künftig nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird. Frankfurt reiht sich damit in eine wachsende Zahl von Kommunen ein, wie etwa Potsdam, Halle und Dresden, die sich von der Kriminalisierung verabschieden. Auch die letzte Bundesregierung wollte unter Justizminister Buschmann die strafrechtliche Verfolgung beenden, da diese dem Ultima-Ratio-Prinzip des Strafrechts nicht standhält. Doch zwei Wochen nachdem ein Gesetzentwurf erarbeitet wurde, zerbrach die Ampelkoalition und so kam es nie zu einer Abstimmung.

Mit unserem Antrag in Weimar wollen wir, dass die Stadt nun ebenfalls einen eigenen Beitrag leistet, um soziale Gerechtigkeit zu fördern und unnötige Strafverfahren zu vermeiden. Gleichzeitig wäre es ein Signal an den Bund, die überfällige Reform des Strafgesetzbuches endlich wieder anzugehen. Wer arm ist, gehört nicht ins Gefängnis. Wir wollen eine Stadt, die sozial denkt, Verantwortung übernimmt und Menschen nicht für ihre Armut bestraft, sondern echte Lösungen findet.

# Keine kreisweite Katzen- schutzverordnung für das Weimarer Land

von Gudrun Kittel

Sichtlich enttäuscht war unsere Fraktion Die Linke—Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Weimarer Land nach der Kreistagssitzung Ende September. Wir brachten einen Antrag ein, der eine kreisweite Katzenschutzverordnung auf den Weg bringen sollte. Ziel dieser Verordnung sollte die verpflichtende Kastration, Kennzeichnung und Registrierung fortpflanzungsfähiger Freigängerkatzen durch Halterinnen und Halter sein. So sollte Tierleid reduziert und die wichtige ehrenamtliche Arbeit der Tierschützerinnen und Tierschützer gestärkt werden.

Zur Debatte und Abstimmung des Antrages kam es jedoch nicht. Die Erste Beigeordnete des Kreises, Jacqueline Schwikal, argumentierte, dass eine kreisweite Katzenschutzverordnung im übertragenen Wirkungskreis liege und damit Verwaltungshandeln sei und nicht Angelegenheit des Kreistages. So wurde durch die Verwaltung die längst überfällige Diskussion über ein so wichtiges Thema verhindert.

Bereits 2016 hat die Landesregierung den Landkreisen und kreisfreien Städte per Ermächtigungsverordnung die Möglichkeit gegeben, auf Grundlage des §13 b des Tierschutzgesetzes eine Regelung durch eine Katzenschutzverordnung einzuführen.

Wir hatten als Fraktion die Hoffnung, dass dieser Prozess nun endlich durch ein Votum des Kreistages angestoßen und damit auch gewissermaßen Verwaltungshandeln angeregt wird, denn die Kreisverwaltung, konkret das Veterinäramt, handelte bisher nicht.

Auch Tierschutzvereine fordern eine kreisweite Katzenschutzverordnung. Deren Fakten und Zahlen über Streuner und verwahrloste Tiere im Weimarer Land belegen, dass die bisherigen Maßnahmen der Verwaltung nicht greifen. Eine strukturierte Erhebung des Bündnisses Katzenschutzverordnung Weimarer Land e.V. aus dem Jahr 2024 dokumentiert im Landkreis an 62 Futterstellen insgesamt 821 freilebende Katzen. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen.

Es fehlt eine verbindliche Regelung, um das Problem ursächlich anzugehen. Wir hatten uns als Fraktion sehr intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und fanden, dass alle Voraussetzungen vorliegen, eine Katzenschutzverordnung zu erlassen.

Alle freiwilligen Maßnahmen, auch mit öffentlicher Unterstützung, zeigen bisher keine nachhaltige Wirkung, da immer wieder unkastrierte Hauskatzen mit Freigang zur Vermehrung der Streunerkatzen beitragen.

Erfahrungen aus Städten wie Weimar und auch Landkreisen wie dem angrenzenden Saale-Holzland-Kreis zeigen, dass solche Verordnungen praktikabel und effektiv sind, insbesondere im Zusammenspiel mit dem Ehrenamt.

Aktuell wird im Kreis ein großer Teil der Arbeit, insbesondere Einfangen, Tierarzttermine organisieren, Fahrten zum und vom Tierarzt, Unterbringung und Pflege kranker Katzen von ehrenamtlich tätigen Tierschützerinnen übernommen und das fast ausnahmslos unter Einsatz eigener privater Mittel und Spenden.

Für den Kreishaushalt im Weimarer Land wurden für das Jahr 2025 vom Veterinäramt 25.000 € für Katzen-Kastrationen beim Land beantragt, da das Fallaufkommen stetig steigt - 9.500 € wurden nur bewilligt. Das veranschaulicht durchaus, dass wir als Kreistagsmitglieder schon ein Handeln in Richtung Katzenschutzverordnung fordern dürfen. An der Stelle sei erwähnt, dass das Weimarer Land kein eigenes Tierheim bzw. tierheimähnliche Einrichtung zur Unterbringung von Katzen betreibt.

Dazu kommt, dass die vergleichsweise wenigen Tierschützerinnen und Tierschützer ausnahmslos mit von ihnen organisierten Pflegestellen arbeiten und sich durch die weiter gestiegene Streunerpopulation seit Jahren am Limit befinden. Viele Gemeinden arbeiten vertrauensvoll mit Tierschutzvereinen zusammen, haben oftmals mit diesen Verträge geschlossen, da sie in der Regel nicht selbst die Pflichtaufgabe im Fall von Fundtieren erfüllen und diese Aufgabe deshalb an Tierschutzvereine übertragen. Lediglich die Stadt Apolda betreibt eine eigene Tierauffangstation, deren Platzkapazität für Katzen aber auch begrenzt ist. Durch eine Katzenschutzverordnung würde sich also auch das Aufkommen an Fundtieren und die damit verbundenen Kosten für die Gemeinden spürbar verringern.

Für uns steht fest, eine Katzenschutzverordnung ist aus tierschutzfachlicher, rechtlicher und praktischer Sicht notwendig und schafft einen rechtssicheren Rahmen zur Reduzierung des Tierleidens, entlastet kommunale Haushalte und stärkt das Ehrenamt. Deshalb ist für uns das Thema noch nicht vom Tisch!



Foto: pixabay

# WEIMAR SAGT NEIN

## ZUR BEZAHLKARTE FÜR GEFLÜCHTETE

### WERDE TEIL DER TAUSCHAKTION!

Mit der Einführung der **Bezahlkarte für Geflüchtete** bekommen sie ihre staatlichen Leistungen nicht mehr bar, sondern auf eine Karte geladen. Mit dieser können sie nicht überall bezahlen, keine Überweisungen machen und **monatlich nur 50€ Bargeld** abheben. Damit schränkt die Bezahlkarte Betroffene massiv in ihrer Selbstbestimmung ein und erschwert ihre gesellschaftliche Teilhabe. Um dem entgegenzuwirken, haben sich überall in

Deutschland Initiativen gegründet, die **Gutscheintauschaktionen** organisieren: Geflüchtete kaufen mit ihrer Bezahlkarte Supermarkt Gutscheine, die von solidarischen Menschen gegen Bargeld eingetauscht werden. Dieses geht dann wieder an die Geflüchteten zurück.

**Auf diese Weise könnt ihr praktische Solidarität mit Menschen leisten, die unter der rassistischen Politik leiden und ihnen ein Stück Selbstbestimmung zurückgeben!**

#### Alle Wechselstuben:

Röstbrüder  
Richard-Wagner-Straße 17  
Mi–So 12–18 Uhr

Brotklappe  
Trierer Straße 46  
tgl 8–16 Uhr

Die Linke KV Apolda-Weimar  
Marktstraße 17  
Mo–Do 10–16 Uhr

Offenes Antifaschistisches Treffen  
Marienstraße 18  
Do 18–22 Uhr

Kontor&Stift  
Marienstraße 18  
zu den Öffnungszeiten

Teehaus Teuner  
Steubenstraße 12  
Mo–Fr 11–18 Uhr  
Sa 12–17 Uhr

Lichthaus Kino  
Am Kirschberg 4  
täglich 17–23 Uhr

Redaktion: Die Linke Apolda-Weimar

Redaktionsschluss:  
Auflage: 500 Stück  
Druck: Druckerei Schöpfel GmbH Weimar

Februar 2026

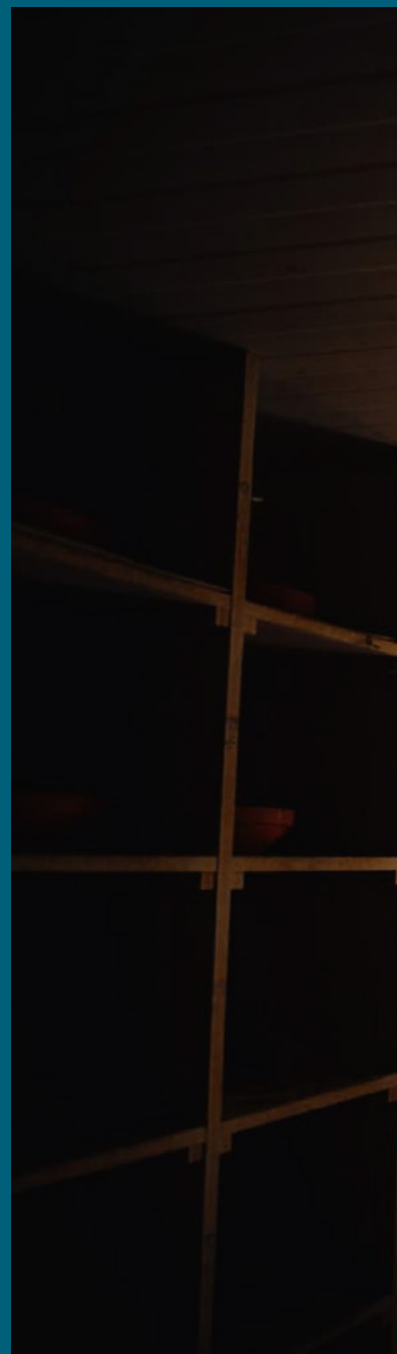


Foto: Stadttaubenhilfe / André Mey